

BUCHBESPRECHUNGEN

- Münkler, Herfried: *Imperien. Die Logik der Weltherrschaft – vom Alten Rom bis zu den Vereinigten Staaten.*
(Armin Pfahl-Traughber)353
- Rittberger, Volker (Hrsg.): *Weltordnung durch Weltmacht oder Weltorganisation? – USA, Deutschland und die Vereinten Nationen, 1945 – 2005.*
(Andreas Peilert).....355
- Brill, Heinz: *Geopolitische Analysen. Beiträge zur deutschen und internationalen Sicherheitspolitik 1974-2005.*
(Klaus Hornung).....357
- Han, Byung-Chul: *Was ist Macht?*
(Holger Zapf).....358
- Canfora, Luciano: *Eine kurze Geschichte der Demokratie. Von Athen bis zur Europäischen Union.*
(Armin Pfahl-Traughber)360
- Grant, George: *Collected Works, Volume 3: 1960-1969.*
(Till Kinzel).....362
- Thöndl, Michael: *Einführung in die Politikwissenschaft.*
(Florian Hartleb)363
- Hofmann, Wilhelm (Hrsg.): *Bildpolitik – Sprachpolitik. Untersuchungen zur politischen Kommunikation in der entwickelten Demokratie.*
(Holger Zapf).....364
- Niess, Frank: *Schatten auf Hollywood. McCarthy, Bush jr. und die Folgen.*
(Armin Pfahl-Traughber)365
- Victor, Barbara: *Beten im Oval Office. Die christlichen Fundamentalisten in den USA und ihr Einfluss auf die internationale Politik.*
(Manfred Brocker).....366
- Matussek, Matthias: *Wir Deutschen. Warum die anderen uns gern haben können.*
(Volker Kronenberg) 367
- Eisenfeld, Bernd / Kowalczyk, Ilko-Sascha / Neubert, Ehrhardt: *Die verdrängte Revolution. Der Platz des 17. Juni 1953 in der deutschen Geschichte.*
(Achim Beyer) 369
- Lang, Jürgen P.: *Ist die PDS eine demokratische Partei? Eine extremismustheoretische Untersuchung.*
(Harald Bergsdorf) 371
- Mertens, Lothar: *Rote Denkfabrik? Die Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED.*
(Achim Beyer) 372
- Kraus, Hans-Christof (Hg.): *Konservative Zeitschriften zwischen Kaiserreich und Diktatur. Fünf Fallstudien.*
(Ansgar Lange) 374
- Singer, P.W.: *Corporate Warriors. The rise of the privatized military industry.*
(Klaus Schlichte)..... 375
- Herfried MÜNKLER: Imperien. Die Logik der Weltherrschaft – vom Alten Rom bis zu den Vereinigten Staaten. Berlin 2005, Rowohlt-Berlin, 332 S., gebunden, 19,90 EUR.*
- Das Selbstverständnis der USA als globale Ordnungsmacht löse in der öffentlichen Meinung Europas Irritationen und Vorbehalte aus, befürchtete man doch das Entstehen eines neuen Imperiums mit Anspruch auf Weltherrschaft. Nur – muss dies grundsätzlich schlecht sein? Der Begriff des Imperiums ist negativ besetzt, assoziiert man damit doch Ausbeutung und Gewalt, Unterdrückung und Zwang. Demgegenüber findet die friedens- und ordnungsstiftende Funktion der Imperien nur geringe Auf-

merksamkeit. Von dieser Annahme geht der Berliner Politikwissenschaftler Herfried Münkler, Autor bedeutender Arbeiten zur Ideengeschichte und Kriegstheorie, in seinem neuesten Buch *Imperien*. Logik der Weltherrschaft – vom Alten Rom bis zu den Vereinigten Staaten aus. Darin will er das imperiale Agieren nicht von vornherein abwerten, sondern nüchtern als besondere Form der Problembearbeitung ansehen. Der Autor formuliert als erkenntnisleitendes Interesse: »Was der Imperiums-begriff leistet, soll ... ausgelotet werden. Auf welchen Bahnen Imperien entstanden und wie sie zerfallen sind, soll dargestellt werden« (S. 10).

Stoff zu einer solchen Analyse bietet Münkler die Entwicklung der Imperien in der bisherigen Weltgeschichte: das römische Kaiserreich, das Mongolenreich, das chinesische Reich, das osmanische Reich, das russische Zarenreich oder das britische Kolonialreich. Deren historischer Aufstieg und Fall wird aber nicht in einzelnen Kapiteln dargestellt und interpretiert. Vielmehr arbeitet der Autor analytisch und problemorientiert: Er will Typen imperialer Herrschaft festmachen, Formen von Expansion und Konsolidierung vergleichen und das Handeln der Akteure einer Weltherrschaft untersuchen. Dabei geht es »auch darum, Prognosen über die Dauer und Stabilität des amerikanischen Imperiums zu machen und Überlegungen zu der Frage anzustellen, wie ein Europa beschaffen sein muss, das sich einerseits als selbständige politische Kraft neben den USA zu behaupten vermag und andererseits in der Lage ist, seine instabilen und herein-stürzenden Ränder zu befestigen und positiv auf seine Nachbarn einzuwirken« (S. 9f.).

Münklers Arbeit beginnt mit einer knappen Merkmalsbeschreibung der Imperien, die er aus der Abgrenzung von anderen Ordnungsmodellen (Dominanzstrukturen, Imperialismus, Staaten) entwickelt: »Imperien ... verstehen sich als Schöpfer und Garanten einer Ordnung, die letztlich von ihnen abhängt und die sie gegen den Einbruch des Chaos, der für sie eine stete Bedrohung darstellt, verteidigen müssen« (S. 8). Diese Begriffsbestimmung differenziert er anschließend aus, wobei Aspekte wie das »Zentrum-Peripherie-Problem« (S. 41) oder »Expansionszwänge, Randlagenvorteile und

Zeitsouveränität« (S. 59) erörtert und eine »kleine Typologie imperialer Herrschaft« (S. 79) in Gestalt von Handels- und Militär-, Land- und Seemperien entwickelt wird. Der Autor verwendet in diesem Kontext auch den Begriff »augustinische Schwelle« als Bezeichnung für eine notwendige Phase zur Stabilisierung von Imperien. Er versteht darunter in Anlehnung an das römische Kaiserreich »ein Ensemble einschneidender Reformen, durch die ein Imperium eine Expansionsphase beendet und in die Phase der geordneten Dauer« (S. 115) übergeht.

Dem folgend arbeitet Münkler dafür notwendige Kriterien heraus. »Wenn es Imperien gelingt, das Prosperitätsversprechen einzulösen, durch den Barbarendiskurs eine imaginäre Grenze zu errichten, die Überzeugungskraft der imperialen Mission aufrechtzuerhalten und schließlich den Frieden in dem von ihnen beherrschten Raum zu sichern, dann verschafft ihnen das Stabilität und Dauer« (S. 166). Umgekehrt führte eine »imperiale Überdehnung« (S. 172) im Sinne einer übermäßigen Ausweitung der zu kontrollierenden Gebiete, die damit zusammenhängende Verknappung der »Ressourcen des Imperiums« (S. 178) im Sinne fiskalischer Belastungen und das meist gewalttätige Vorgehen »antiimperialer Akteure« (S. 184) zur Gefährdung der Existenz und Stabilität von Imperien. Abschließend widmet sich Münkler ausführlicher der gegenwärtigen politischen Situation angesichts der plötzlichen »Selbstperspektivierung der USA als ein neues Imperium« (S. 223).

Sie befinde sich gegenwärtig in einem Dilemma: »Die friedliche Bestandssicherung des Imperiums legt den Verzicht auf globale Selbstüberforderung nahe« (S. 235). Um die subglobale Welt des Imperiums zu bewahren, müsse sich eine kluge imperiale Politik von den Problemen der globalen Welt abwenden und sich gegen sie durch die Errichtung »imperialer Barbarengrenzen« sichern. Aber auch Europa stünde vor der imperialen Herausforderung: »Auf der einen Seite müssen die Europäer sich zu den übermächtigen USA ins Verhältnis setzen und darauf achten, dass sie nicht für die Aktionen der Führungsmacht Ressourcen bereitstellen und mit der Nachsorge für deren Kriege betraut werden, aber keinen Einfluss mehr auf

grundsätzliche politisch-militärischen Entscheidungen haben (S. 246f.). Auf der anderen Seite müssten die Europäer sich aber auch um ihre instabile Peripherie im Osten und Südosten kümmern und ebendort Kriege und Zusammenbrüche verhindern.

All dies stellt Münkler auf breiter historischer Wissensgrundlage in anschaulicher Form und klarer Sprache mit anregenden und diskussionswürdigen Reflexionen dar. Gerade die analytischen Qualitäten seiner systematisch und vergleichend angelegten Arbeit beeindruckt, belässt es der Autor doch nicht bei einer bloßen Geschichtsdarstellung, sondern nutzt die Aufarbeitung dieser Erfahrungen zur Einschätzung gegenwärtiger weltpolitischer Probleme. Hier macht er beispielhaft deutlich, dass man aus der Geschichte sehr wohl etwas lernen kann. Bei der Hervorhebung der Stabilisierungs- und Ordnungsfunktion von Imperien verfährt Münkler nicht einseitig, die »politischen Kosten« des Bestehens solcher Weltherrschaftsmodelle werden von ihm durchaus thematisiert. Hierzu gehören auch die kritischen Hinweise auf die aus seiner Sicht Imperien strukturell eigene »imperiale Mission« (S. 8) und »kosmologisch-heilsgeschichtliche Selbstsakralisierung« (S. 139). In diesem Kontext würden häufig genug auch »Inszenierungen und Täuschungen« (S. 238) als notwendiges Mittel zur Legitimation imperialer Politik genutzt.

Auch hier deutet Münkler strukturelle Notwendigkeiten an, welche am Beispiel der US-amerikanischen Außenpolitik auszumachen seien. Um die demokratische Öffentlichkeit zur Übernahme imperialer Verpflichtungen zu motivieren, bedürfe es der Inszenierung von Bedrohungen und Gefahren. Sie diene dazu, »die Lücke zwischen Demokratie und Imperium zu schließen« (S. 238). Handelt es sich hier um eine beschreibende oder rechtfertigende Aussage? Münkler macht an dieser Stelle zumindest das Spannungsverhältnis klar: »Dass eine solche Politik auf Dauer demokratiegefährdend ist, steht außer Zweifel; dass sie auch angesichts der Erfordernisse imperialer Ordnung ein gefährlicher Notbehelf ist, gerät meist nicht in den Blick, da die Demokratie in unserem Selbstverständnis einen höheren Wert darstellt als das Imperium ... « (S. 238). Leider

problematisiert Münkler nicht die daraus ableitbaren nötigen Konsequenzen für ein demokratisches Verständnis imperialer Herrschaft durch die USA. Auch fehlt es an Ausführungen zur inhaltlichen Ausrichtung des imperialen Auftrages und der Schwierigkeit von dessen Rechtfertigung. Imperien haben eine Ordnungsfunktion, aber ist diese nur Selbstzweck? In dieser Hinsicht hätte man sich noch einige Ausführungen mehr gewünscht. Gleichwohl legt der Autor mit Imperien ein bedeutendes und wichtiges Buch vor, das eine andere und ungewöhnliche Perspektive zur Betrachtung der weltpolitischen Situation liefert.

Armin Pfabl-Traugber

Volker RITTBERGER (Hrsg.): *Weltordnung durch Weltmacht oder Weltorganisation? – USA, Deutschland und die Vereinten Nationen, 1945 – 2005. Baden-Baden 2006, Nomos Verlagsgesellschaft, 91 S., brosch., 17,- EUR.*

»Das Wünschbare ist nicht immer machbar. Aber deshalb sollte das Machbare nicht unbedingt wünschbar sein.« Mit diesen Worten forderte Ernst-Otto Czempel auf dem Theodor Eschenburg-Symposium der Universität Tübingen eine engere Verzahnung von akademischer Innovation und den – dem Realismus verpflichteten – politischen Entscheidungsfindungen. Genau diesem Ziel dient die Vortragsreihe, die zu Ehren Theodor Eschenburgs veranstaltet wird, dem Gründer des Instituts für Politikwissenschaft an der Eberhard Karls Universität und einem der ersten Lehrstuhlinhaber dieses Fach nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland. Sie ist auf dem besten Wege die Tradition eines öffentlichen und offenen Diskurses über politisch und politikwissenschaftlich interessante Zeitfragen in Tübingen zu begründen. Mit dem Thema Weltordnung durch Weltmacht oder Weltorganisation? – USA, Deutschland und die Vereinten Nationen, 1945 – 2005 wurden für die Veranstaltung im Jahr 2005 Fragestellungen ausgewählt, die die politische Öffentlichkeit wegen der kontrovers diskutierten Außenpolitik der USA, der anhaltenden

Debatten über die Reform der Vereinten Nationen und des Strebens Deutschlands nach einem ständigen Sitz im VN-Sicherheitsrat bewegen. Der von Volker Rittberger herausgegebene gleichlautende Tagungsband enthält Beiträge von Bernd Mützelburg, Ernst-Otto Czempiel, dem Herausgeber selbst, Friederike Bauer sowie eine sorgfältig zusammengestellte Dokumentation der abschließenden Podiumsdiskussion.

Bernd Mützelburg, außen- und sicherheitspolitischer Berater des damaligen Bundeskanzlers Gerhard Schröder, begründet in seinem Beitrag den Anspruch Deutschlands auf einen ständigen Sitz im VN-Sicherheitsrat. Deutschland sei in stärkerem Maße als je zuvor mitverantwortlich für internationale Stabilität und Ordnung. Diese Mitverantwortung erfordere auch ein stärkeres Mitspracherecht. Der Sicherheitsrat spiegele die internationalen Kräfteverhältnisse am Ende des Zweiten Weltkrieges wider, sei damit ein »Gremium des letzten Jahrhunderts« und zur Bewältigung aktueller Herausforderungen ungeeignet. Basierend auf seinem reichen politischen Erfahrungsschatz räumte Mützelburg bei der Reform des Sicherheitsrates allein dem G 4-Vorschlag Erfolgchancen ein, der unter anderem eine Erweiterung des Sicherheitsrats um Deutschland, Japan, Brasilien und Indien vorsieht. Zutreffenderweise gab er der Überlegung, der EU einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat zu gewähren, derzeit keine Realisierungschance.

In einem analytisch und sprachlich ausgezeichneten Beitrag erläutert Ernst-Otto Czempiel die Phasen der amerikanischen Weltpolitik »vom Gründungsvater der VN zu ihrem Totengräber«. Zunächst habe die USA die Weltführung durch eine bestimmende Rolle in den Vereinten Nationen angestrebt. Diese Strategie sei jedoch 1946/47 dem sich ausbreitenden Ost-West-Konflikt zum Opfer gefallen. An ihre Stelle sei der zweite Entwurf einer amerikanischen Weltführungspolitik getreten, der durch den Aufbau eines Systems von Militäralianzen geprägt gewesen sei. Czempiel konstatiert nach dem Vietnam-Krieg einen Verlust der weltpolitischen Monopolstellung der USA, der aber nicht dazu führte, dass die USA wieder zum Multilateralismus in den Vereinten Nationen zurückkehrte. Schwere Kritik

übt der Autor an der die USA und Großbritannien einseitig begünstigenden Sanktionspolitik der Vereinten Nationen gegenüber dem Irak, die er für die Entwicklung des islamistischen Terrorismus als mitverantwortlich bewertet. Der aktuelle Präsident George W. Bush schließlich verfolge eine Weltführungs politik, die nicht auf die Vereinten Nationen, sondern auf coalitions of the willing setze.

Volker Rittberger stimmt den Ausführungen von Czempiel insofern zu, als die USA den Sicherheitsrat im Irak-Krieg marginalisiert habe. Den Schwerpunkt seines Beitrages legt der Autor und Herausgeber indes auf die Reformdebatte und kritisiert diese als zu einseitig auf die Auseinandersetzung um die Struktur des Sicherheitsrates und anderer zwischenstaatlicher Organe der Vereinten Nationen fokussiert. Er plädiert vehement für institutionalisierte Mitwirkungs- und Beteiligungsformen zivilgesellschaftlicher und privatwirtschaftlicher Akteure zur Steigerung der Legitimität und Effektivität der Vereinten Nationen. Hiermit zeichnet Rittberger ein Idealbild gesamtgesellschaftlicher Beteiligung mit Public Private Partnership-Modellen auf internationaler Ebene. Seine eigene Skepsis bezüglich der Realisierungschancen solch umfassender Reformanstrengungen ist sicher zu teilen, gleichzeitig aber der innovative Input seines Beitrages hervorzuheben.

Im abschließenden Beitrag legt die FAZ-Journalistin und Kofi Annan-Autobiographin Friederike Bauer den Einfluss des VN-Generalsekretärs auf die jüngsten Entwicklungen der Vereinten Nationen dar. In einer sorgfältigen Analyse und unter Aufzählung von Initiativen Annans weist sie die Kritik zurück, Annan sei reformunwillig.

Die abschließende Dokumentation der Diskussionsbeiträge gibt in anschaulicher Weise die Stellungnahmen der Diskutanten, insbesondere die unterschiedlichen Positionen von wissenschaftlicher Analyse und politischer Beratungspraxis wider. Die Ergebnisse der Podiumsdiskussion, bereichert von Hanna Scheck als Vertreterin der Tübinger UN-Hochschulgruppe, betreffen primär eine mögliche Reform des VN-Sicherheitsrates. Alle Diskutanten sind sich bei der Frage der Notwendigkeit einer Reform des Sicher-

heitsrates einig, schlagen aber unterschiedliche Wege und Inhalte der Reform vor.

Insgesamt ist der zeitnah erschienene und sogar noch um Ergänzungen zu nach dem Symposium eingetretenen Entwicklungen erweiterte Band eine Bereicherung für die Diskussion um die Themen der Reform des VN-Sicherheitsrates und der U.S.-Außenpolitik. Es ist sehr erfreulich, dass die Ergebnisse des Symposiums publiziert und damit einer breiteren interessierten Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden. Der von Volker Rittberger herausgegebene Band zeigt, dass Tagungsbände zu aktuellen Themen mit einer Dokumentation der Diskussionsergebnisse für den interessierten Leser einen echten Gewinn darstellen können.

Andreas Peilert

Heinz BRILL: *Geopolitische Analysen. Beiträge zur deutschen und internationalen Sicherheitspolitik 1974–2005*. Bissendorf 2005, Biblio Verlag, 459 Seiten, gebunden, Abbildungen, 34,- EUR.

»Die Disziplinen ‚Politische Geographie/Geopolitik/Geostrategie‘ gehören im deutschsprachigen Raum (vor allem bedingt durch historische Belastung) – im Gegensatz zu den USA, Großbritannien, Frankreich, Russland, China – zu den am meisten vernachlässigten Forschungsgebieten«. Dies konstatiert der Verfasser gleich zu Beginn seines Buches. Eine Folge davon ist, dass heute in Deutschland sicherheitspolitische Grundsatzdebatten kaum mehr stattfinden oder dabei Gegenwartsgesichtspunkte überwiegen, obwohl die sicheren Grundlagen auf diesem Feld vor allem aus »der Vergangenheit und Kultur der Völker« (Raymond Aron), der Vergegenwärtigung der Langzeitentwicklungen der Staaten und des internationalen Systems und der Fähigkeit zu langfristigen »raumpolitischen Denken« zu gewinnen sind. Der Verfasser, ein unentwegter Vordenker bei der Revitalisierung der Geopolitik im deutschen Sprachraum, macht darauf aufmerksam, wie sehr wir uns in Deutschland in den letzten Jahrzehnten selbst von diesem Denken und seinen Erkenntnissen abgesperrt haben, wenn er erin-

nert an Alfred Mahans Studien zur »Seemachtstheorie«, Halford Mackinders »Herzland-Theorie« oder des Schweden Kjell?ns Begriff Geopolitik überhaupt. Diese Tradition wurde in der Gegenwart fortgesetzt etwa von Paul Kennedy (*The Rise and Fall of Great Powers*) oder Geoffry Parker (*Western Geopolitical Thought in the Twentieth Century*). Auch in Frankreich findet Geopolitik wissenschaftliche Anerkennung an den Universitäten, in den Militärakademien bis hin zum wöchentlichen Geopolitischen Magazin des Kulturkanals ARTE. In Italien gibt es die *Rivista Italiana Geopolitica LIMES* und seit 1995 das Grundlagenwerk *Geopolitica* von General Carlo Jean. In Moskau wurde 1991 in der Russischen Akademie der Wissenschaften ein interdisziplinäres Zentrum für Geopolitische Studien gegründet, das vor allem mit entsprechenden Instituten in Frankreich zusammenarbeitet. 1997 erschien dort von Alexander Dugin das Werk *Grundlagen der Geopolitische Zukunft Russlands*, das mit Unterstützung der russischen Militärakademie erschien. Die russische Duma hat einen eigenen Ausschuss für Fragen der Geopolitik.

Heinz Brill, einer der wenigen ausgewiesenen deutschen Fachleute in der geopolitischen Grundlagen- und Projektforschung, ehemals Wissenschaftlicher Direktor im Amt für Studien und Übungen der Bundeswehr, hat schon 1994 mit dem Werk *Geopolitik heute. Deutschlands Chance? eine Art Leitfaden und Lehrbuch* dazu geschrieben, mit dem er Deutschland wieder in diese internationale Debatte einfügte. Nun legt er mit dem neuen Band gewissermaßen die Ernte seiner Forschungs- und Lehrtätigkeit sowie seiner Publizistik zur Geopolitik und Sicherheitspolitik aus den letzten dreißig Jahren vor. In einem ersten Teil wird die geostrategische Situation Deutschlands am Ende des Zweiten Weltkriegs dargestellt, beginnend mit der deutschen Lage als Objekt im geostrategischen Kraftfeld der Super- und Großmächte 1945 und bis zur schrittweisen Wiedergewinnung einer neuen sicherheitspolitischen Subjektkontrolle und ihrer Leitlinien, aber auch bis zu dem deutlichen Zaudern gegenüber der USA einer »Übernahme geopolitischer Verantwortung« (Präsident Bush's sen. »partner in leadership«).

Brill greift dann in den folgenden Kapiteln weit aus, vom NATO-Beitritt Spaniens mit seinen geostrategischen Bezugspunkten über die Vision der Einheit der arabischen Welt (Gaddafi) bis zur strategischen Lage Chinas (in einer Rezension des Buches von Oskar Weggel *China und die Drei Welten*, Zeitschrift für Politik 1/1983). In der Gegenwart geht es dann um so aktuelle wie grundlegende Fragen wie die Ost-Erweiterung der NATO und die Balkankonflikte im Blick auf die jeweilige Interessenlage der Mächte, aber auch etwa um die geopolitischen Probleme des Wassers in den verschiedenen Weltregionen, die Brill in einer umfangreichen und hochinteressanten Studie darlegt: Wasser als Transportmittel, strategische Ressource, lebensnotwendiger Rohstoff, internationale Konfliktursache und ökologisches Problem, ein Exempel und eine Pilotstudie für eine moderne Art des geopolitischen und strategischen Zugriffs.

Abschließend kommt der Autor auf die bereits begonnene Rehabilitation der Geopolitik in den Politik- und Sozialwissenschaften zu sprechen, etwa bei Ernst August Rolloff (*Die Wiederentdeckung des Raumes*) und Gottfried Eisermann (Staat, Geografie und Politik). Sie zeigt sich auch in internationalen und interdisziplinären Kolloquien mit erstrangigen Besetzungen wie Admiral Yves Lacoste, Direktor des Centre de recherches et d'analyses géopolitiques, Universität Paris VIII, einem der wichtigsten französischen Vordenker, oder Imanuel Geiss, Universität Bremen (Europas Mitte zwischen Machtexzess und Machtverleugnung). Die aktuellsten Fragen, die sich mit Geopolitik und Strategie verknüpfen, sind die der Globalisierung und Denationalisierung, neuer ethnisch-religiöser Blockbildungen (S. P. Huntingtons *Clash of Civilizations*), denen Claus Leggewie eine »Geopolitik multikultureller Gesellschaften« gegenübergestellt hat. Gegen Francis Fukuyamas These vom »Ende der Geschichte« wendet Heinz Brill ein: »Nicht das ‚Ende der Geschichte‘ steht uns bevor, sondern oft sind die neuen Probleme die alten geblieben, und eine Zeit großer Umwälzungen bahnt sich an«.

Besonders hervorzuheben sind die zahlreichen erläuternden Karten und Karten-

skizzen; ein Mangel ist das Fehlen eines Sach- und Personenregisters. Dem Band möchte man eine lebhaftere Resonanz vor allem in dem leider klein gewordenen Kreis deutscher Sicherheitspolitiker und geopolitisch interessierter Wissenschaftler wünschen, möglichst auch darüber hinaus auf dem Weg zu einer neuen Blüte der Geopolitik gerade im Land der europäischen Mitte, das heute erneut und mehr denn je wieder verknüpft ist mit nahen und fernen Interessen und Entwicklungen und sich als »Republik ohne Kompass« (Hans-Peter Schwarz) so schwer tut, seine Interessen zu erkennen, zu definieren und zu vertreten.

Klaus Hornung

Byung-Chul HAN: Was ist Macht? Stuttgart, 2005, Philipp Reclam jun., 148 S., Paperback, 4,60 EUR

In der politischen Theorie gilt eine allgemeine Machttheorie und ein entsprechender Machtbegriff vielen als Desiderat. Byung-Chul Han hat sich in seinem neuen Buch *Was ist Macht?* zum Ziel gesetzt, diesen Mangel zu beseitigen und endlich die »theoretische Konfusion« hinsichtlich des Machtbegriffes zu beenden – ein Vorhaben, für das der Autor in jedem Fall Achtung verdient. Dabei erweist er vor allem G.W.F. Hegel, Friedrich Nietzsche und den im 20. Jahrhundert bestimmenden Machttheoretikern wie Hannah Arendt, Michel Foucault und Niklas Luhmann, aber auch anderen eine meist kritische Reverenz. Angelpunkt dieser kritischen Reflexionen ist ein Programm, das angesichts der mit diesen Namen markierten Breite des Begriffsspektrums durchaus problematisch erscheint und tatsächlich einige merkwürdige Blüten treibt – denn es soll ein »beweglicher Machtbegriff gefunden werden, der die divergierenden Vorstellungen von der Macht in sich zu vereinigen vermöchte. Zu formulieren ist also eine Grundform der Macht, die durch Verschiebung innerer Strukturelemente unterschiedliche Erscheinungsformen generiert« (S. 7). Nachdem Han sein Vorhaben so deutlich ausgesprochen hat, ist es unumgänglich, seine Schrift eben daran zu messen. Der an sich

lößliche Versuch, den Machtbegriff auf diese Weise aus seinen disparaten Traditionen herauszulösen, ist für einen Philosophen ein ungewöhnlich pragmatischer Ansatz, und entsprechend kontextbezogen und ohne Reflexion sprachabhängiger Bedeutungshorizonte wird der Begriff in verschiedenen Bereichen entwickelt. Aus diesem Grunde seien an dieser Stelle einige Eigenschaften dieser sogenannten »Grundform der Macht« zusammengestellt, um wenigstens eine Näherung an eine systematische Definition zu erreichen, die Han dem Leser schuldig bleibt. Nach Han ist Macht geprägt durch eine »ipsozentrische Intentionalität«, die sich manifestiert im Willen eines Subjekts zur eigenen Kontinuierung im Anderen (S. 29, 66) – konsequent nimmt Han im Gegensatz zu Luhmann das Ego an Stelle des Alter als Ausgangspunkt seiner Überlegungen. Weiterhin zentral für die Macht ist ihre Vermittlungsintensität zwischen Ego und Alter, die wohl das wichtigste verschiebbare »innere Strukturelement« des Begriffes darstellt: Hohe Vermittlungsintensität impliziert dabei »emphatische Bejahung«, bei der Macht und Freiheit zusammenfallen (S. 30), niedrige Vermittlungsintensität dagegen steht für Gewalt und den Verlust der ebenfalls für die Macht konstitutiven Sinnbezogenheit (S. 37). Da Han dieses Vermittelnde nicht näher definiert, muss Vermittlung wohl als Umschreibung verstanden werden; ebenso wie seine Bestimmung der Macht als Raum. Und schließlich beruht die Macht zwar in jedem Fall auf einem irgendwie gearteten »Selbst« (oft auch mit dem problematischen Terminus Subjekt umschrieben), doch ein »Gegen« braucht sie lediglich, um in Erscheinung treten zu können (S. 105). Mit der Betonung dieser Aspekte schließt Han sich der inzwischen weit verbreiteten Auffassung an, dass Macht keineswegs dämonisch ist. So interessant lokale Bereiche seiner Untersuchung dabei sind – so etwa gegen Habermas die Betonung der strategischen Kommunikation als einzig anthropologisch denkbare kommunikative Machtform (S. 115) –, so widersprüchlich und manchmal schlichtweg bedenklich sind die Ergebnisse, die das Festhalten an diesem ausgreifenden Konzept einer entdämonisierten Macht auf

jeder lokalen Arena dieses Begriffs zeitigt. Eines der ergiebigeren Kapitel des Bändchens ist dasjenige über die »Semantik der Macht«, in dem Han sich sehr eng an Nietzsche, Foucault, Bourdieu und Heidegger hält. Hier entwirft er eine Poetologie (S. 41) der Macht, deren wesentliches Charakteristikum Sinnbezogenheit ist. Aufschlussreich ist dabei in jedem Falle die Gegenüberstellung von Normalisierung, Habitus und Alltäglichkeit im Bezug auf die Macht, die Han nun im unpersönlichen »Man« oder gar im »Niemand« verortet (S. 59ff) – ohne dabei aber seine mehrfach geäußerte Überzeugung von der Subjektbezogenheit und Intentionalität der Macht noch einmal kritisch zu reflektieren. Dieser Mangel hindert ihn freilich nicht daran, seine Überlegungen in dem Satz »Macht glänzt durch Abwesenheit.« (S. 64) treffend kulminieren zu lassen. An anderer Stelle ist es Han dann wiederum nicht mehr möglich, die intentionale Struktur der Macht zu suspendieren: So weigert er sich zum Beispiel, von der »Macht der Medien« zu sprechen, da diesen eine »eindeutige intentionale Struktur« fehle: »Der Raum der Medien ist zu diffus, zu zerstreut.« (S. 98) Obwohl er seinen Machtbegriff weit ausdehnt, um überaus verschiedene Machtphänomene darunter subsumieren zu können, lässt er ihn also durchaus – wenn auch inkonsequent – an Grenzen stossen. Befremdend ist die Argumentation, die dem Versuch zu Grunde liegt, die Macht in einem positiven Licht und kompatibel zur Freiheit erscheinen zu lassen. Zum Aufweis dieser Kompatibilität herangezogene Aussagen wie »Ohne jede Gewaltausübung nimmt der Machthaber Platz in der Seele des Anderen.« (S. 11) lassen einen schauern. Doch nehmen wir diesen Faden auf und folgen Han weiter, der von dieser Möglichkeit ausgehend folgerichtig formuliert: »Machtlogisch ist eine mächtige Organisation denkbar, die [...] keine einzige negative Sanktion kennt.« (S. 25) Wie sehr er sich damit schon im Bereich Huxleyscher Dystopie bewegt, wird vollends deutlich, wenn er zuerst mit Nachdruck darauf besteht, dass Macht und Freiheit keine Gegensätze seien (S. 14) und sich dann trotzdem nicht scheut, die ganze Emphase, die er in seine Ausführungen gelegt hat, wieder zunichte zu machen, wenn

er kurz darauf einen klassischen Topos der Dystopie aufleuchten lässt: »Eine steigende Vermittlungsintensität [der Macht, H.Z.] generiert mehr Freiheit bzw. mehr Gefühl der Freiheit.« (S. 15) Nicht einmal wenn Han selbst die Macht konstituierende Sinnhaftigkeit letztlich als Schein entlarvt (S. 51f) bringt er das kritische Potential seiner Überlegungen zur Geltung. Dass genau hier ein brennendes Problem liegen könnte, interessiert ihn nicht weiter. Gerade wenn er Elias Canettis »sehr beschränkten Machtbegriff« zerlegt, wird die fehlende Sensibilität in Bezug auf dieses Problem deutlich. Er wirft Canetti vor, todesversessen die Macht nicht auch als Macht zum Leben gelten zu lassen – ohne zu berücksichtigen, dass Canettis Katze der Maus ja gerade noch einmal das Leben schenkt. Wie wenig Han sich tatsächlich aus Canettis Konzept lösen kann, geht wiederum hervor aus seiner eigenen ungewollt dystopischen Topik: »Der Zeit-Raum des Könnens oder der Freiheit mag letzten Endes eine Illusion sein. Aber die Macht setzt ihn voraus, selbst in der Form eines Scheins.« (S. 36) Voilà, la chatte! Doch auch in anderen Bereichen ist es um die Konsistenz von Hans Überlegungen schlecht bestellt. Nachdem zunächst argumentiert wurde, dass Gewalt sich in einer vermittlungsarmen Machtbeziehung manifestiert, wendet er sich, sobald es um die »Politik der Macht« geht, wieder Arendts Exklusivitätstheorie zu (S. 100f) – hier wird deutlich, dass Han, der sich erklärtermaßen lieber an Normal- als an Ausnahmefälle hält (S. 93), sich nicht entscheiden kann, ob Gewalt nun als Grenzfall zur Macht gehört oder, da sie keinen Raum erzeugt, eben nicht. Ungelöst bleibt letztlich auch die Frage, ob es Macht denn nun tatsächlich ohne ein »Gegen« geben kann, denn die ipsozentrische Intentionalität impliziert das Andere bereits als ihr »Gegen«; diese Setzung geht nicht vom Anderen aus. Die Unterscheidung, mit der diese auf begrifflicher Ungenauigkeit beruhende Unklarheit gelöst werden könnte, nämlich ob Alter selbst sich gegen Macht-Ego stellt oder einfach nur der Kontinuierung von Egos Selbst dient, kann aus Hans Text lediglich rekonstruiert werden, expliziert wird sie nicht. Durchaus interessant ist der Versuch Hans, der Macht als

kontingente Komplementärstruktur die Freundlichkeit zur Seite zu stellen, der allein er die Fähigkeit zu Gerechtigkeit und Lévinasscher Affirmation des Anderen zuspricht (S. 134f). Dann freilich ist es widersinnig, dass er dieses letzte Kapitel seines Büchleins »Ethik der Macht« genannt hat, da hier allem Anschein nach nun doch ein exklusives Verhältnis besteht, so dass das Kapitel eher »Ethik der Freundlichkeit« heißen sollte. So sind laut Han dann auch die Religion (welche qua ihrer Bindung an das Kontinuum des Seins dem Bereich der Macht als dem bloßen Kontinuum des Selbst entzogen ist, Hans Gewährsmann hierfür ist Georges Bataille) und vor allem der »Geist« Freundlichkeit (S. 86f). Zu Beginn des Textes hielt Han hinsichtlich der Macht fest: »Der Selbstverständlichkeit des Phänomens steht eine totale Unklarheit des Begriffs gegenüber.« (S. 7) Diese Behauptung ist symptomatisch für zahlreiche Ungenauigkeiten in diesem Text. Denn das Phänomen der Macht ist überhaupt nicht selbstverständlich, und Han hätte gut daran getan, diesem Phänomen weiter nachzuspüren anstatt es in fünf Kapitel nach Schlagworten aufgeteilt einfach als gegeben anzunehmen. Auch hätte er Paul Tillich, den er gerne zitiert, beim Wort nehmen und »Macht« strikter als bloße Metapher für das Sein, die Seinsmächtigkeit begreifen können, anstatt sie selbst mit transzendentalphilosophischen und handlungstheoretischen Metaphern zu umschreiben. Manch prekäre Aussage in diesem doch auch immer wieder erhellenden Buch wäre damit vermieden worden.

Holger Zapf

Luciano CANFORA: Eine kurze Geschichte der Demokratie. Von Athen bis zur Europäischen Union. Aus dem Italienischen von Rita Seuß. Köln 2006, Papy Rossa Verlag, 404 S., gebunden, 24,90 EUR.

In der Reihe Europa bauen erscheinen Bücher zu historischen, kulturellen, politischen und sozialen Themen, welche in zahlreichen Ländern in den dortigen Sprachen publiziert werden. 2005 weigerte sich allerdings der hiesige Verlag, ein bereits in Frankreich, Ita-

lien und Spanien veröffentlichtes Werk auf den deutschen Buchmarkt zu bringen. Es handelte sich dabei um Eine kurze Geschichte der Demokratie von Luciano Canfora, einem bekannten Professor für klassische Philologie in Bari und Autor zahlreicher auch ins deutsche übersetzter Arbeiten. Nach einem Gutachten handelte es sich um eine dogmatische und dumme Darstellung, die den Ansprüchen westlicher Geschichtswissenschaft nicht genügen könne. Einige Kommentatoren sahen in dem Buch eine pro-stalinistische Apologie, andere Rezensenten deuteten die Nichtveröffentlichung als Zensurversuch. Mittlerweile erschien in einem anderen Verlag eine Übersetzung, die ein eigenes Urteil ermöglicht.

Zunächst aber zum Inhalt und den Positionen: Der Text ist historisch-chronologisch in 16 Kapitel gegliedert, beginnt mit der Demokratie im antiken Griechenland und endet mit einem Ausblick auf die Europäische Union. Canfora liefert in einem als solcher fehlenden Einleitung weder eine Definition noch eine Typologie von Demokratie. Auch mangelt es an einer entwickelten Fragestellung und klaren Strukturierung. Dies zusammengekommen macht ein Referieren des Inhaltes nicht leicht. Erst gegen Ende des Buchs deutet der Autor Demokratie als »die (zeitweilige) Vorherrschaft der besitzlosen Klassen in einem unablässigen Kampf um Gleichheit« (S. 325). Demgegenüber sei »Demokratie« im Laufe der Geschichte von den Oligarchien gern als Instrument zur Herrschaftsabsicherung genutzt worden. Hierbei will Canfora offensichtlich ein egalitäres gegen ein repräsentatives Verständnis stellen – zumindest ziehen sich damit verbundene Bewertungen durch den Text des Buchs.

Bereits aus formaler Perspektive können eine Reihe von kritischen Anmerkungen gemacht werden: Zunächst fehlt es an den bereits erwähnten, für eine wissenschaftliche Arbeit notwendigen Standards. Darüber hinaus bleibt Canfora häufig genug nicht bei seinem Thema: Mitunter schweift er mit allenfalls in ein Feuilleton gehörenden State-ments in die Gegenwart ab, oder es finden sich Ausführungen zu historischen Sachverhalten ohne direkten Kontextbezug. Darüber hinaus bleiben Auswahl von Beispielen

und Proportionen des Dargestellten unklar: Warum Entwicklungen in bestimmten Fällen ausführlich behandelt und bedeutsame Aspekte in anderen Fällen ignoriert werden, findet keine Begründung. Und schließlich begeht Canfora auch den methodischen Fehler, Ereignis- und Ideengeschichte nicht differenziert genug auseinander zu halten bzw. sie je nach dargestelltem System selektiv hervorzuheben. Und schließlich findet man in dem Buch auch zahlreiche sachliche Fehler in Detailfragen – insbesondere zur deutschen Geschichte.

Aus inhaltlicher Perspektive verdienen eine Reihe von Einschätzungen zum einen hinsichtlich der Kenntnis des Forschungsstandes, zum anderen bezüglich der offenbaren politischen Ideologie Interesse. So rechtfertigt Canfora gleich zweimal die Annexion osteuropäischer Staaten durch die Sowjetunion nach dem Hitler-Stalin-Pakt, seien ihr diese Gebiete doch durch den aufgezungenen Frieden von Brest-Litowsk verloren gegangen (vgl. S. 240, 246). Für den Zeitraum 1936 lobt er »neben dem Novum der sowjetischen Verfassung vor allem das System der Planwirtschaft« (S. 252). Über die Bundesrepublik Deutschland der ersten zehn Jahre bemerkt der Autor, die sozialistische Bewegung sei »durch den Geist des Revanchismus, wenn nicht des unverhüllten Nazismus« (S. 288) besiegt worden. Das vom Bundesverfassungsgericht beschlossene Verbot der KPD von 1956 gilt ihm als »Wiederholung dessen, was Hitler mit Hilfe des Reichstagsbrandes bewerkstelligt hatte« (S. 289). So kritikwürdig hier so manches gewesen sein dürfte, so unangemessen sind solche Gleichsetzungen.

Mitunter scheint Canfora auch tatsächlich pro-stalinistisch zu argumentieren: So sieht er in Trotzki den Hauptverantwortlichen für die »tiefe Spaltung« (S. 335) der KPdSU und Stalin gilt als »echter Realist« (S. 244). Immerhin spricht der Autor auch von »Stalins verfälschender Schilderung« (S. 327) und der »Repression« (S. 335) innerhalb der Kommunistischen Partei. Gleichwohl offenbart sich hier die von den Kritikern unterstellte Einseitigkeit überdeutlich. In der Gesamtschau kann daher den erwähnten Vorbehalten gegen das Buch zugestimmt werden. Es weist allerdings auch auf eine

Leerstelle in der bisherigen Forschung zur Demokratietheorie – und praxis hin. Es fehlt noch an einer differenzierten und universellen Sozialgeschichte. Hierzu könnte auch ein undogmatischer Marxist einen konstruktiven Beitrag leisten, doch Luciano Canofora ist kein Eric Hobsbawn.

Armin Pfabl-Traugbber

George GRANT: Collected Works, Volume 3: 1960-1969. Hg. von Arthur Davis und Henry Roper. Toronto 2005, University of Toronto Press, xxv, 795 S., Leinen, \$125,-.

Der dritte Band der gesammelten Werke des kanadischen politischen Philosophen George Grant (1918-1988) ist ein weiterer Meilenstein für eine solide Beschäftigung mit diesem Denker, der sich intensiv mit so unterschiedlichen Theoretikern wie Leo Strauss, Simone Weil, Jacques Ellul, Heidegger, Rousseau, Céline, Voegelin, Platon und Kojève auseinandersetzte und auf seine modernitätskritischen Denkwege machte. Grants Schriften der sechziger Jahre, die hier versammelt sind, trugen wesentlich dazu bei, ihn zu einem wichtigen »public intellectual« Kanadas zu machen. Der vorliegende Band präsentiert neben einigen bisher unveröffentlichten oder schwer zugänglichen Texten (Rezensionen, Radioskripten, Briefen, Memoranden) auch zwei seiner bedeutendsten und wirkungsmächtigsten Bücher, die beiden je ca. 100 Seiten umfassenden Werke *Lament for a Nation* (1965) und *Technology and Empire* (1969), jeweils mit erläuternden Einleitungstexten und Anmerkungen versehen. Beide Texte sind hochkonzentrierte Meditationen über den Zustand der modernen Welt, ausgehend von einer Reflexion auf die Lage Kanadas im welthistorischen Windschatten des US-Imperiums und unter den Bedingungen einer weltbeherrschenden Technik. *Lament* wurde damals schnell zu einem – allerdings zu tiefst ambivalenten – Basistext junger kanadischer Konservativer. Grants politische Position war in den sechziger Jahren stark von seiner Gegnerschaft zum Vietnamkrieg geprägt sowie von dem Versuch, eine Alternative zu dem technologischen Imperium

der Vereinigten Staaten zu denken. Der Vietnamkrieg habe ihn mehr als alles andere dazu bewogen, das Politische zu denken. Dazu bezog sich Grant auf die spezifischen kanadischen Traditionen politischen Denkens und distanzierte sich von der US-amerikanischen Form des Konservatismus etwa eines Barry Goldwater, der für Grant lediglich insofern konservativ war, als er den Liberalismus im Sinne Lockes bewahren wollte. Die USA seien aber gerade darin unkonservativ, daß sie keine Traditionen aus der Zeit vor dem Zeitalter des Fortschritts hätten (323); bei den USA handelt es sich sozusagen um die Regierungs- und Gesellschaftsform der Moderne schlechthin. Grant war skeptisch in bezug auf das Fortbestehen Kanadas im Schatten der übermächtigen USA und sprach im gleichen Atemzug von der Unmöglichkeit des Konservatismus wie der Unmöglichkeit Kanadas (325). Sein politisches Denken ist dadurch gekennzeichnet, daß es mit dieser Paradoxie fertig zu werden versuchte, indem er auf die bei Platon zu findende, dann von Simone Weil aufgegriffene Unterscheidung zwischen dem Notwendigen und dem Guten verwies. In diesem Kontext sah er das Verschwinden Kanadas unter dem Einfluß der modernisierenden Kräfte als notwendig an (344), doch war er nicht bereit, dies resignierend als schlechthin gut zu beurteilen. Weil aber die philosophische Frage, die hinter der Bewertung des Fortschritts in der Moderne steht – der Streit zwischen Alten und Modernen –, keine offensichtliche Lösung finde, stützt sich Grants Totenklage nicht auf Philosophie, sondern auf Tradition; die Tradition wird von Grant als die beste Basis für das praktische Leben angesehen, weil man sich der philosophischen Antwort auf die wichtigsten Fragen nicht sicher sein könne. Damit ist zugleich für Grant die Grenze des Zuständigkeitsbereichs der Philosophie markiert – die Unsicherheit der Philosophie tangiert nicht die Affirmation einer ewigen Ordnung, die dem religiösen Menschen offenbart wurde.

Technology and Empire nimmt die Debatte zwischen Kojève und Strauss über das Wesen antiker und moderner Tyrannis auf, die Strauss unter Berufung auf Xenophons Dialog *Hieron* begonnen hatte, während

Kojève dem unter Berufung auf Hegel eine radikal historische Interpretation der Moderne entgegenstellte. Für Grant stellte die Debatte die wichtigste Kontroverse in der zeitgenössischen politischen Philosophie dar, weil sie sich um die Frage drehte, ob der universale und homogene Staat die beste Gesellschaftsordnung darstelle. Grant zeigt hier eine bemerkenswert scharfsinnige Einsicht in die philosophische Intention Strauss', wenn er die Position Kojèves und Strauss' zur biblischen Religion diskutiert und auf die Zurückhaltung des Letzteren in dieser Sache hinweist.

Die Spannweite von Grants politischen, philosophischen und religiösen Interessen wird in diesem Band deutlich; besonders anschaulich wird Grant als akademischer Lehrer in einer Reihe von Auszügen aus seinen Vorlesungs- und Seminarmanuskripten, die sich z. B. mit Nietzsche, dem Verhältnis von Religion und moderner Technik, Platon, dem Mythos sowie Politik und Religion beschäftigten, doch haben diese Texte insgesamt eher dokumentarischen Charakter. Immerhin zeigt Grant hier, wie schwierig es für ihn persönlich war, angesichts der drängenden Aktualität des Vietnamkrieges der Notwendigkeit des Kampfes gegen das Unrecht die Kontemplation der letzten Fragen an die Seite zu stellen. Grant war mit der Entwicklung, die die Universitäten in den sechziger Jahren durchliefen, sehr unzufrieden (die Universität war in seinen Augen zu einer »Multiversität« ohne einigendes Band geworden), distanzierte sich aber sowohl von dem, was er als das Establishment der technologischen Gesellschaft ansah, wie von denjenigen, die die Universität für die Gesellschaftsveränderung mißbrauchen wollten. Für ihn bestand die Aufgabe der Universität darin, einen Freiraum für das Denken über alle Fragen des Menschseins zur Verfügung zu stellen. Denken über Politik dürfe sich nicht in objektifizierenden Verhaltenslehren erschöpfen, die Ideologen und Machtpolitikern Instrumente für ihre Ambitionen bieten. Bewegend und eindrucksvoll ist schließlich ein kurzer Text über den an der Berliner Mauer verbluteten Peter Fechter, der zu einem knappen und prägnanten Kommentar über das Wesen der Tyrannei wird. So demonstriert dieser Band

am Beispiel Grants anschaulich, daß die Universität auch im technischen Zeitalter noch Nischen für radikales Denken bot bzw. bietet.

Till Kinzel

Michael THÖNDL: Einführung in die Politikwissenschaft. Wien/Köln/Weimar: 2005, Böhlau Verlag, 224 S., gebunden, 24,90 EUR.

Die Neuordnung der politikwissenschaftlichen Lehre wird wohl eine Vielzahl studienorientierte Lehrbücher auf den Markt bringen. Die Frage, ob es im deutschsprachigen Raum zu an den neuen Erfordernissen angepasster, hochwertiger Einführungsliteratur kommt oder man bloß das alte Packet an Inhalten und Methoden neu schnürt, erscheint offen. Der österreichische Politikwissenschaftler Michael Thöndl, an der Fachhochschule des bfi Wien tätig, hat ein Lehrbuch verfasst, das sich weitgehend mit dem Inhalt seiner politikwissenschaftlichen Lehrveranstaltungen deckt. Ihm gehe es weitaus mehr als um »statisches« um »dynamisches« Wissen, welches sich auf die Entwicklung von politikwissenschaftlichen Problemen und geeigneten Lösungsansätze bezieht (S. 16). Sein Schwerpunkt liegt auf dem historischen und ideengeschichtlichen Teil.

Ausführlich geht es im ersten der insgesamt sechs Teile um eine Standortbestimmung der Politikwissenschaft, wie eine anschauliche Abgrenzung zu den Nachbarwissenschaften und die methodischen Mittel des Faches (S.19-56). Politikwissenschaft meine etwas anderes als Parteipolitik: »Während der Politikwissenschaftler zur wissenschaftlichen Erkenntnisgewinnung tätig wird, hat der Parteipolitiker ein anderes Ziel: der Partei zu nützen, z.B. durch Stimmenmaximierung bei der nächsten Wahl. Im Journalismus hingegen stehen die Beeinflussung und Kontrolle politischer Entscheidungen sowie die Anforderungen tagespolitischer Aktualität im Vordergrund« (S. 29). Das zweite Kapitel (S. 57-110) dreht sich um das ideengeschichtliche Verständnis von Politik, gewürzt mit praktischen Fallbeispielen. Thöndl unterteilt in verschiedene

Politikverständnisse: ältere (Platon, Aristoteles und Machiavelli), emanzipatorische (Marx, Mill, Butler) und gegenemanzipatorische (Nietzsche, Spengler, Schmitt, Mohler).

Das Wechselspiel zwischen Politik und Verfassung steht im Zentrum des dritten Kapitels (S. 111-134). Der Autor stellt klar, dass das Verfassungsrecht quasi als Gebrauchsanleitung für den politischen Betrieb von politikwissenschaftlicher Bedeutung ist (S. 112). Er erörtert nicht nur die gängigen Theoretiker, sondern skizziert auch die Verfassungsentwicklung am Beispiel von Italien, Österreich und Deutschland. Die nächsten beiden Kapitel behandeln die politischen Systeme, eine systematische Gegenüberstellung von Demokratie und Diktatur einschließlich der Systemtransformation (S. 135-170) sowie den politikwissenschaftlichen Systemansatz (S. 171-192). Gefährdungen der Freiheit in den modernen Demokratien sind vielfältiger Natur, wie Thöndl abschließend ausführlich illustriert (S. 193-212). Die Entwicklungslogik des »klassischen Terrorismus« unterscheidet sich von der aktuellen politischen Herausforderung, dem »neuen« Terrorismus der Al-Qaida-Organisation.

Michael Thöndl hat es geschafft, eine Brücke zu schlagen von der antiken Polis bis hin zu neuen Erscheinungen wie Populismus oder Terrorismus. Humor kommt dabei nicht zu kurz. Eine Kostprobe: »Studierende der Politikwissenschaft [...] sollten Interessen spezifizieren, in die sich die Politikwissenschaft integrieren lässt und die ihnen auf dem Arbeitsmarkt bessere Chancen geben. Oder sie sollen reich heiraten und dann als Privatgelehrte Politikwissenschaft betreiben. Das wäre überhaupt das beste. Aber für wen kommt das heutzutage schon in Frage?« (S. 56). Das leicht verständliche Einführungsbuch ist nach Ansicht des Rezensenten sehr zu empfehlen, gerade weil es auf eine möglichst gute und zugleich realistische Stoffvermittlung im Rahmen einer politikwissenschaftlichen Einführungsveranstaltung zielt.

Florian Hartleb

Wilhelm HOFMANN (Hrsg.): Bildpolitik – Sprachpolitik. Untersuchungen zur politischen Kommunikation in der entwickelten Demokratie. Reihe: Studien zur visuellen Politik Bd. 3, Wilhelm Hofmann / Frank Leske (Hg.). Berlin, 2006, Lit Verlag, 256 S., brosch., 24,90 EUR.

Der dritte Band aus der Reihe Studien zur visuellen Politik versammelt Beiträge, die sich mit empirischen, politiktheoretischen und politikdidaktischen Aspekten – so die Einteilung der Hauptkapitel – von Bild- und Sprachpolitik befassen. Es macht dabei den Reiz des Bandes aus, dass er das Aufeinandertreffen von Bildpolitik und Sprachpolitik aufgreift und damit ein zentrales Problem der politischen Bildwissenschaft thematisiert wird: Ist das funktionale Verhältnis von Bild und Sprache in der politischen Kommunikation exklusiv, disjunkt oder komplementär? Auf welche Weise sind Bilder gegenüber einer als rational konnotierten Sprache handlungsleitend? Einige der empirisch orientierten Beiträge gehen auf Grund ihres Untersuchungsgegenstandes nicht unmittelbar auf das Verhältnis von Bild und Sprache ein. Ausschließlich auf die Sprachpolitik bezogen ist der Beitrag Thomas Krumms, der die Semantik der ersten rot-grünen Koalition in Hessen detailliert untersucht und die semantische Durchschlagskraft grüner Formulierungen erklärt. Stark auf die Visualität konzentriert sind die Beiträge von Ines Jung und Anne Ulrich, die sich mit der Bedeutung der in den Medien veröffentlichten Bilder bei Rudolf Scharpings Rücktritt und Silvio Berlusconi visuell orientierter Wahlwerbung befassen: in diesen interessanten Fallstudien wird die Rolle der Bilder als außerordentlich wirkmächtige Kommunikatoren ins Visier genommen. Die politische Bedeutung von Filmen im Kontext medialer Protestkultur untersucht Dietmar Schiller in seinem Beitrag an Hand von Morgan Spurlocks »Super Size Me«, während Cordula Nitsch die überwiegend positive Darstellung von investigativem Journalismus in Hollywood-Filmen analysiert. Stärker auf die Verbindungslinien zwischen Sprache und Bild gehen Petra Bernhardt und Karin Liebhart ein, die in ihrem Aufsatz »Bilder einer Ausstel-

lung« der Konstruktion von Geschichte durch museale Erinnerungskultur nachspüren und zu dem einleuchtenden Ergebnis kommen, dass die scheinbare Evidenz des ausgestellten Bildmaterials zusammen mit den anonymen und so Objektivität heischenden Ausstellungstexten weniger über die Vergangenheit aussagt als über die Gegenwart der Ausstellenden. So wie sich Sprache und Bild hier ergänzen, so stehen sie sich in Wolfgang Bergems Beitrag gegenüber: trotz der Folterbilder aus Abu Ghraib macht der Autor bei Juristen wie Matthias Herdegen die Tendenz aus, die Menschenwürde gegenüber einer zum Schutz anderer Menschen »notwendigen« Folter zu relativieren. Hier ergibt sich das theoretisch leider nicht weiter reflektierte Paradox, dass die angebliche Macht der (Folter-)Bilder gerade nicht ausreicht, um solchen Überlegungen Einhalt zu gebieten. Der Beitrag von Jörg Trempler führt in theoretischer Hinsicht zumindest einen Schritt weiter: das problematische Phänomen der Authentizität von Bildern wird in den Kontext kultureller Dimension gestellt: die Bemühung um Authentizität wird zum Stil, noch ehe es fotorealistische Bilder gibt. Diese Art von »Bildwollen« kritisiert Trempler jedoch: im Anschluß an Schiller mahnt er zur Verantwortung im medialen Umgang mit Bildern, da sie anders als die Sprache nicht allein die Vorstellung, sondern direkt die Sinne affizieren. Die im Theoriekapitel veröffentlichten Aufsätze lassen sich stärker auf die komplexen Beziehungen zwischen Sprache und Bild ein: Hofmann rekonstruiert Roland Barthes' und Susan Sontags Überlegungen zum fotorealistischen Bild, so dass sich hieraus Antworten auf die Fragen ergeben, die im empirischen Teil des Bandes offen bleiben mussten: während Sontag die Verknüpfung von Handlungs- und Kommunikationspotential kritisch bewerte, entdeckte Barthes neben dem konventionellen Bildsinn, der mit der Sprache korreliert, eine andere Art von Sinn, der dem Betrachter aus dem Bild entgegenkommt und jenseits der Sprache liegt. Wo Barthes die Möglichkeit zu einer »neuen Politik« sieht, verortet Hofmann zumindest den Neuanatz für eine weniger bildskeptische und logozentrische Sozialwissenschaft, die sich auch auf die

»beunruhigende Polysemie« der Bilder einlassen muss. Klaus Sachs-Hombach entwirft an Hand einer auf die visuelle Kommunikation angewandten und aus der Sprechakttheorie entlehnten Sichtweise seine Überlegungen zur Bildpragmatik und der illokutionären Komponente des »Bildhandelns«. Der Beziehung zwischen »sprachlicher« Metaphorik und Visualität widmet sich Reinhard Wesel, der zunächst vor allem Theorien der Disjunktion referiert, um schließlich eine Brückenfunktion der Metapher zwischen Bild und Sprache zu postulieren. In einem letzten Teil des Bandes werden Überlegungen zu Politikdidaktik und Bildern angestellt. Frank Lesske plädiert für einen kritischen Einsatz von Bildern als Medien im Politikunterricht, der die Kompetenz im Umgang mit Bildern stärken soll. Anja Besand stellt auch für die Politikdidaktik eine Dichotomie von positiv bewerteter Rationalität einerseits und dem »visuellen Sündenfall« andererseits fest. Da es sich bei dieser Dichotomie jedoch um zwei Seiten ein und derselben Sache (mit einer jeweils eigenständigen »Rationalität«) handle, täte die politische Bildung gut daran, gerade auch die überaus komplexen ästhetischen und symbolischen Dimensionen politischer Wirklichkeit zu berücksichtigen. Die Vorstellung des BiPolAr-Projektes, also eines digitalen politikwissenschaftlichen Bildarchivs, durch Benjamin Drechsel hätte sich durchaus geeignet, den Didaktik-Teil des Bandes abzuschließen – der Beitrag findet sich jedoch im ersten, empirischen Teil des ansonsten gut strukturierten, informativen und inhaltsreichen Bandes.

Holger Zapf

Frank NIESS: Schatten auf Hollywood. McCarthy, Bush jr. und die Folgen. Köln 2005, Papy Rossa-Verlag, 247 S., brosch., 16,90 EUR.

Nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 kam es in den USA zu Einschränkungen von Grundrechten und Diffamierungen von Kritikern des »Krieges gegen den Terrorismus«. Die mitunter hysterischen Reaktionen auf die Ablehnung des

Irak-Krieges durch Intellektuelle und Künstler lies die Erinnerung an den McCarthyismus der 1950er Jahre aufkommen. Diese Parallele motivierte den Historiker und Journalisten Frank Niess zu seinem Buch *Schatten auf Hollywood*, das vor allem bezogen auf die Filmindustrie diese Jahre »der politischen Unkultur« darstellen und einschätzen will.

Es widmet sich in neun Kapiteln aber nicht nur der besonderen Zeit, sondern zunächst der Benachteiligung und Unterdrückung von Gewerkschaftlern, Kommunisten und Sozialisten vor der McCarthy-Ära und der FBI-Beobachtung deutscher Exilschriftsteller während des Zweiten Weltkriegs. Erst danach geht Niess auf die Arbeit des *House Committee on Un-American activities* und das Wirken des Senators Joe McCarthy ein. Insbesondere an Fallbeispielen von Drehbuchautoren, Regisseuren, Schauspielern oder Schriftstellern wie Dashiell Hammett, Philip Loeb oder Arthur Miller zeigt der Autor die Folgen der diversen Anhörungen und »Schwarzen Listen« eindrucksvoll auf. Zutreffend bemerkt er zur Bedeutung des Namensgebers dieser Entwicklung: »Auf die Spitze getrieben hat Joe McCarthy die nach ihm benannte Bewegung zweifellos. Aber erfunden hat er diesen Umgang mit politisch Andersdenkenden, die er zu kommunistischen Monstern verzeichnete, um sie dann umso hemmungsloser an den Pranger stellen zu können, nicht.« (S. 187)

Niess legt mit seinem Buch *Schatten auf Hollywood* ein überaus interessantes und materialreiches Werk vor und schließt damit eine Lücke in der deutschsprachigen Literatur zum Thema. Gleichwohl muss das Werk aufgrund einiger formaler und inhaltlicher Schwächen kritisiert werden: Über weite Strecken ist es lediglich aus der Sekundärliteratur zusammengeschrieben, was die Inflation von nicht immer nötigen Zitaten erklärt. Insgesamt wirken Inhalt und Struktur fragmentarisch, Niess springt thematisch und zeitlich hin und her und bleibt noch nicht einmal bei dem selbstgewählten Schwerpunkt. Neuere Forschungsarbeiten zu McCarthy wie z. B. von Arthur Herman nimmt er leider nicht zur Kenntnis. Auch die analytische Erklärung der Hysterie der

beschriebenen Ära bewegt sich nur an der Oberfläche (vgl. S. 210), eine über die moralisierende Anklage hinausgehende genauere Einschätzung und Interpretation vermisst man. Gleichwohl bleibt das Buch aufgrund seiner Materialfülle und dem Mangel an Alternativen im deutschsprachigen Raum ein wichtiges Werk zum Thema.

Armin Pfahl-Traugbber

Barbara VICTOR: Beten im Oval Office. Die christlichen Fundamentalisten in den USA und ihr Einfluss auf die internationale Politik. Übers. v. Gottfried Röckelein, München/Zürich 2005. Pendo-Verlag, 341 S., gebunden, 19,90 EUR.

Bei nicht wenigen in Deutschland wird die amerikanische Journalistin und Publizistin Barbara Victor mit ihrem neuen Buch *Beifall* finden. Dafür entspricht es viel zu sehr den hierzulande seit dem Irak-Krieg kursierenden Vorurteilen. Amerika befinde sich, so die Autorin, auf dem Weg zum »christlichen Gottesstaat«. Zu diesem Fazit gelangt sie am Ende einer ausführlichen Darstellung der politischen Aktivitäten »fundamentalistischer« Gruppierungen in den USA, die nach ihrer Auffassung die Politik des Landes inzwischen nachhaltig prägten. Der Einfluss dieser Gruppierungen mache sich nicht zuletzt in der amerikanischen Haltung gegenüber Israel bemerkbar, dessen auch militärische Unterstützung und Verteidigung sie bedingungslos forderten. Denn in Israel erwarteten sie die Wiederkehr Christi, die nach ihrer Vorstellung nur stattfinden könne, wenn ein Judenstaat auf biblischem Territorium bestehe – weshalb sie einen eigenständigen Palästinenserstaat konsequent ablehnten. Mit Spendengeldern unterstützten sie die jüdischen Siedler in den besetzten Gebieten und würben in den USA um Unterstützung für die israelischen Hardliner. Aber auch in der amerikanischen Innenpolitik verschafften sich die protestantischen »Fundamentalisten« zunehmend Gehör, um den »biblischen Geboten« in der Politik (wieder) Geltung zu verschaffen. Ihr Ziel sei es, so Victor, die Verfassung »außer Kraft zu setzen, die innenpolitische Agenda zu ver-

biegen und die Außenpolitik auf fundamentalistische Ziele auszurichten« (328).

In drei Kapiteln entwirft die Autorin ein düsteres Szenario von der politischen Zukunft ihres Landes. Dreißig Jahre lang habe die christliche Rechte vergeblich für eine konservative Trendwende in der amerikanischen Politik gestritten. Seit dem Regierungsantritt George W. Bushs fänden ihre Forderungen nach einem Verbot der Abtreibung, einer Kriminalisierung der Homosexualität und der Wiedereinführung des Schulgebets nun mit einem Mal Gehör. Denn Bush sei selbst ein Fundamentalist, der sich die moral- und religionspolitischen Anliegen der christlichen Rechten in der Innen- wie Außenpolitik zu eigen gemacht habe.

Zu solchen Fehleinschätzungen kann nur gelangen, wer wie die Autorin seiner Neigung zu Klischees, Vereinfachungen und Überzeichnungen freien Lauf lässt. So ist Bush weder ein »Fundamentalist« noch zweifelsfrei ein Evangelikaler – den Begriff »born again« benutzt er zum Beispiel öffentlich so gut wie nie. Auch die ca. 80 Millionen Evangelikalen in den USA sind – anders als uns Victor glauben machen möchte – kein politisch geschlossen agierender Block. Vielmehr verhindern die zahllosen religiösen aber auch sozialen Differenzen zwischen Fundamentalisten, Neo-Evangelikalen, Pfingstlern und Charismatikern immer wieder ein gemeinsames politisches Vorgehen.

Ebenso wenig stimmt es, dass Bush die innenpolitischen Ziele der Christlichen Rechten in den Mittelpunkt seiner Agenda gestellt hat und in der Außenpolitik einen christlich-fundamentalistischen »Kreuzzug gegen das Böse« führt: Gegen den Willen der Christlichen Rechten hat er in der Frage der embryonalen Stammzellforschung einen Kompromiss durchgesetzt; er hat bis heute weder für das geforderte verfassungsrechtliche Verbot der »Homo-Ehe« noch der Abtreibung die Initiative ergriffen und sich von der Verunglimpfung des Islam durch amerikanische Fernsehprediger mit deutlichen Worten distanziert. Seine Außenpolitik ist zudem von weitaus komplexeren Überlegungen bestimmt, als es die Autorin wahrhaben will. Hier versucht Bush erkennbar,

mindestens vier Ziele zu erreichen: (1) seine evangelikal-fundamentalistische Wählerklientel bei aller Mäßigung des Tons nicht vor den Kopf zu stoßen; (2) dadurch zugleich zu verhindern, dass es nach dem Eingreifen in Afghanistan und im Irak zu einer panislamischen Solidarisierung kommt; (3) eine breite Kriegs- bzw. Anti-Terror-Koalition unter *Einbeziehung* moderater *islamischer* Staaten zu schmieden und (4) trotz der rhetorischen Einstimmung der Bevölkerung auf den Krieg die moslemische Minderheit im *eigenen* Land nicht zu gefährden.

Jenseits der einseitig verzerrenden Darstellung des Einflusses der christlichen Rechten auf das Weiße Haus und seine Politik machen eine Reihe von Nachlässigkeiten und Irrtümern das Buch zu einer ärgerlichen Lektüre: Kerry, schreibt etwa die Autorin, sei nach Kennedy erst der zweite Katholik »auf dem Weg zum höchsten Gipfel der Politik« (301) gewesen – und übersieht dabei den Demokratischen Präsidentschaftskandidaten von 1928, Al Smith. Pat Buchanan verließ nicht 1992 die Republikanische Partei, um für die »Reform Partei« anzutreten (160), sondern im Jahr 2000. Bob Dole trat nicht 1992 gegen Bill Clinton an, sondern 1996 (230). Und wer wie Victor die Evangelikalen um die Zeitschrift *Sojourners* dem »radikalen [rechten] Evangelikalismus« zu-rechnet (96), weiß entweder nichts von der Existenz einer »evangelikalen Linken« in den USA oder will davon nichts wissen, weil es die eigenen Thesen ins Wanken bringen würde.

Insgesamt bleibt ein betrübliches Resümee: Abgesehen davon, dass Barbara Victors Buch in Teilen schlampig gemacht ist, bedient es in erster Linie jenes Vorurteil vom »Gotteskrieger« George W. Bush, das sich hierzulande inzwischen festgesetzt zu haben scheint. Plakative Zuspitzungen mögen mediale Aufmerksamkeit sichern und die Absatzchancen auf dem Buchmarkt steigern, einem besseren Verständnis von Amerikas Innen- und Außenpolitik ist es abträglich. Und erst recht ist es nicht geeignet, Erhellendes über die Ursachen der jüngsten Entfremdung zwischen Deutschland und den USA beizutragen.

Manfred Brocker

Matthias MATUSSEK: *Wir Deutschen. Warum die anderen uns gern haben können*. Frankfurt a. M. 2006, S. Fischer, 351 S. gebunden, 18,90 Euro.

Er wolle, so bekennt Matthias Matussek in den »Einführenden Erklärungen« zu seinem neuen Buch, »nicht beißen, nur spielen«. Dieses 350-seitige Spiel, welches Matussek unter dem Titel *Wir Deutschen. Warum uns die anderen gern haben können* vorführt, hat es in sich. Es ist von der ersten bis zur letzten Seite temperamentvoll, witzig, ironisch, nachdenklich und hat – wie kann es anders sein – eine gehörige Portion Biss. Niemand soll, soviel ist bereits nach den ersten Sätzen des Autors klar, vom Tenor des Buches kalt gelassen, jeder Leser soll zu einer intensiven Reaktion, sei sie zustimmend, sei sie ablehnend oder, besser noch: nachdenklich, angeregt werden. Matusseks Buch fordert dazu auf, sich über das Deutschsein im Jahre 2006, über die deutsche Befindlichkeit in politischer, sozialer und kultureller Hinsicht, Gedanken zu machen. Dass mancher Redakteurs-Kollege auf Matusseks entsprechende Befunde und Diagnosen, vor allem seine Therapievorschlüsse mit Kopfschütteln reagiert, ist wenig verwunderlich.

Denn der Autor, Jahrgang 1954, Kultur-Chef des Magazins *Der Spiegel*, büstet mit seinem vorliegenden Plädoyer für einen zeitgemäßen deutschen Patriotismus, mit seinem Bekenntnis zu seiner – wenn auch biographisch spät entwickelten, dafür aber umso intensiver empfundenen – »Vaterlandsliebe« kräftig gegen den Strich der bundesrepublikanischen »political correctness«. Deren Tenor bestand über Jahrzehnte hinweg vor allem in dem Zweisprung, »Deutschland« zunächst als historisches Relikt einer glücklich überwundenen faschistischen Vergangenheit zu bewältigen, um dann die Bundesrepublik als *postnationales* Gemeinwesen auf dem Weg zu einer europäischen Demokratie begreifen zu können. Jedenfalls galt, so oder so, Nationalstaatlichkeit als überwindenswerte Zwischentappe eines historisch-politischen Prozesses, der seine Apotheose in den »Vereinigten Staaten von Europa« finden würde. Dass eine solche realitätsfremde Perspektive keineswegs mit den Interessen und Befindlichkeiten in

den europäischen Nachbarländern korrespondiert, wo man europäische Integration und Nationalstaatlichkeit nicht als Gegensätze, sondern vielmehr komplementär als zwei Seiten einer Medaille betrachtet, nahm man hierzulande lange Zeit nicht zur Kenntnis. Nun, da mit dem französischen und niederländischen »Nein« zu einer europäischen »Verfassung« der Prozess einer parallelen Vertiefung und Erweiterung vorläufig ins Stocken geraten ist und mit einer türkischen Beitrittsperspektive die politisch geeinten »Vereinigten Staaten von Europa« gänzlich unwahrscheinlich werden, ist es nach Ansicht Matusseks allerhöchste Zeit, sich auch in Deutschland ernsthaftere Gedanken über das Verhältnis von Nation und Integration zu machen. Matussek lässt dabei all jene »Pappnasen, die noch vor fünf Jahren nach einer Lichterkette gerufen hätten, wenn das Wort ‚Deutschland‘ ohne erläuternde Verweise auf die Große Schuld gefallen wäre«, nicht im Unklaren darüber, dass er eine geschichtspolitische Fixierung des bundesrepublikanischen Selbstverständnisses auf die 12 dunklen Jahre der nationalsozialistischen Erfahrung für borniert und wenig zukunftsträchtig hält. Was nicht heißt, dass Matussek in irgendeiner Weise Hitlers Herrschaft bzw. die im deutschen Namen begangenen Verbrechen verharmlosen oder vergessen machen will. Im Gegenteil. Er macht deutlich, dass gerade auch seine Generation aus patriotischen Gründen antifaschistisch sein könnte, ja müsste, denn schließlich seien es nicht zuletzt deutsche Künstler, Bildungsbürger und Intellektuelle gewesen, die von den Nationalsozialisten umgebracht oder vertrieben wurden. Patriotismus, verstanden als tätiger Ausdruck von Vaterlandsliebe, meint eben etwas gänzlich anderes als Nationalismus, Chauvinismus oder Rassismus – meint die Identifikation *mit* und das tätige Engagement *für* eine konkrete patria. So, wie Engländer, Franzosen, Spanier oder Amerikaner Patrioten ihres Landes sind, ohne damit die Abwertung der anderen Vaterländer zu verbinden, so können dies ebenfalls die Deutschen sein, zumal in ihrer pro-europäischen Grunddisposition.

Der spielerische Ernst, mit dem der Autor eine patriotische Selbstverständigung seiner

Landsleute jenseits des eingefahrenen politisch-kulturellen Diskurses auffordert – ohne falsche Verbissenheit aber mit einer Menge kosmopolitischem Esprit –, verleiht seinem Anliegen großes Gewicht. Als Korrespondent des *Spiegel* in Großbritannien, den Vereinigten Staaten und Südamerika hat Matussek aus der Distanz heraus Politik, Kultur und Gesellschaft des wiedervereinigten Deutschlands über 15 Jahre hinweg studiert und seine gewonnenen Eindrücke in Gesprächen mit so unterschiedlichen Persönlichkeiten wie Harald Schmidt, Klaus von Dohnanyi, Peter Sloterdijk, Heidi Klum und Sarah Kuttner abgeglichen.

Herausgekommen ist dabei ein journalistisches Essay, das obwohl es keinen wissenschaftlich-fundierten Anspruch erhebt, von großer Bedeutung für die politische Kultur unseres Landes ist. Denn es fügt sich ein in eine Reihe thematisch ähnlich gelagerter Essays, wie sie aus der Feder linksintellektueller Autoren wie Eckhard Fuhr oder Reinhard Mohr stammen. Sei es, dass Reinhard Mohr ein »neues Deutschlandgefühl« bei sich und seiner Generation der heute 50-Jährigen entdeckt, sei es, dass Eckhard Fuhr die Berliner Republik als deutsches »Vaterland« rehabilitiert oder sei es, dass Edgar Wolfrum die Bundesrepublik schlicht als »geglückte Demokratie« apostrophiert – bei allen Autoren wird der unzweideutige Wille erkennbar, einen Beitrag zu einer politisch-kulturellen Selbstverständigung des »Deutschen« 60 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs und im 16. Jahr der deutschen Einheit zu leisten. Ihre Ausführungen lassen die heftigen geschichtspolitischen Debatten der zurückliegenden Jahrzehnte – sei der »Historikerstreit« oder sei es die »Goldhagen-Debatte« – in einem bizarren Licht erscheinen, als fast unwirkliche Scheingefechte um Potemkinsche Dörfer.

Matusseks Buch markiert in einer nun schon beachtlichen Reihe den Höhepunkt eines Normalisierungsbestrebens der Deutschen im Verhältnis zum eigenen Land – im Bewusstsein und in Verantwortung für eine Nationalgeschichte mit manchen Höhen und markanter Tiefe. Nicht zuletzt deshalb verdient es große Beachtung – und Respekt.

Volker Kronenberg

Bernd EISENFELD / Ilko-Sascha KOWALCZUK / Ehrhardt NEUBERT: *Die verdrängte Revolution. Der Platz des 17. Juni 1953 in der deutschen Geschichte*. Bremen 2004; Edition Temmen, 847 S., gebunden, ca. 100 Abb., 29,90 EUR.

Das Jahr 2003 bescherte Deutschland einen regelrechten »Geschichtsboom«: zum 50. Jahrestag des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 gab es Dutzende neuer Bücher, wissenschaftliche Analysen unter Hinzuziehung von bis zum Ende des SED-Staates nicht zugänglicher Dokumente, aber auch Zeitzeugenberichte von Akteuren, die bis 1990 – in der DDR lebend – zum Schweigen verurteilt waren sowie hunderte Veranstaltungen.

Doch auch im Jahr danach wurden noch weitere bemerkenswerte Publikationen zu dem als weitgehend abgeschlossenen Thema veröffentlicht. Dazu gehört ein gewichtiges und wichtiges Buch aus der Wissenschaftlichen Reihe *Analysen und Dokumente* der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (Band 25), verfasst von drei für ihre mitunter eigenwilligen Thesen und Veröffentlichungen zum Themenkreis Opposition und Widerstand in der DDR (darunter einige »Standardwerke«) bekannten Autoren, die als (auch leitende) Mitarbeiter der Abteilung Bildung und Forschung der BStU das Privileg genießen, ohne die für »normale« Wissenschaftler geltenden Einschränkungen des BStU-Gesetzes in den Archiven des MfS recherchieren zu können – ein Informationsvorsprung, über den jeder andere Zeithistoriker nur neidisch sein kann, sein muss.

Der Titel *Die verdrängte Revolution* ist Leitmotiv und zugleich Ergebnis einer umfangreichen Untersuchung. Bei den meisten Bürgerrechtlern der 80er Jahre gab es keine Erinnerung an den Volksaufstand von 1953 mit den Forderungen nach Einheit Deutschlands und dem Ende der SED-Herrschaft (das gilt nach eigenem Bekunden letztlich auch für die Autoren) – um so mehr gab es das »Juni-Trauma« in den Führungsetagen der SED und des MfS. Es war die latente Angst vor dem Ende der SED-Herrschaft, falls die sowjetischen Streitkräfte in einer Krisensituation nicht wieder eingreifen würden.

Die Autoren wollen erklärtermaßen keine neuerliche Darstellung der »Juni-Ereignisse 1953« (dazu eine Empfehlung am Ende der Rezension), sondern die vielfältigen Positionen dazu transparent machen und die Deutungsmuster in Ost und West – seitens Politiker, Historiker, Publizisten und Schriftsteller – beschreiben und bewerten. Entstanden ist eine in dieser Form und diesem Umfang beeindruckende einmalige Materialzusammenstellung zur Rezeptionsgeschichte des 17. Juni – ein (auch inhaltlich) nicht zu übersehendes Nachschlagewerk.

In Kapitel 1: »Scheitern und Gelingen – Aufstände gegen den sowjetischen Kommunismus« wird zutreffend konstatiert: »Der erste große Aufstand mit internationaler Bedeutung im gesamten Herrschaftsgebiet der Sowjetunion war der Aufstand um den ‚7. Juni 1953‘ in der DDR. Er ging deutlich über die spontanen Rebellionen verzweifelter Menschen hinaus und fand schnell zu politischen Formen.«

In der alten DDR-Forschung war die Totalitarismustheorie weitgehend verpönt. Analytische Erkenntnis der Autoren: »Die Leistungsfähigkeit des Totalitarismuskonzepts (. . .) hat sich spätestens nach 1989 erwiesen und ist seither unverzichtbar für die vergleichende Diktaturforschung.« In der beeindruckenden Analyse über die beiden Revolutionen 1953 und 1989 wird herausgearbeitet, dass der »Zustand der ostdeutschen Gesellschaft der Jahre 1953 und 1989 völlig verschieden« war.

Kritisch beurteilt wird die »Befriedigung eines verbreiteten Bedürfnisses nach einer unpolitischen Nostalgie. Konsumgeschichten und -lexika, Designbände oder einschlägige Internetseiten schildern oft ein idyllisches und romantisches Bild vom Alltag in der DDR, das Trost in der mental schwierig zu bewältigenden Transformation von der Diktatur in die freie Gesellschaft spenden soll.« Die »postsozialistische Trotzgeschichte« ist den Autoren erkennbar zuwider.

Der 17. Juni blieb in der gesamten DDR-Zeit ein Trauma der Machthabenden. Die Jahrestage des Aufstandes wurden als ständige Herausforderung empfunden, z.B. 1954 unter der Losung »Aktion Bollwerk«. Die Autoren nennen zahlreiche Beispiele widerständigen Verhaltens in der Bevölke-

rung. »Etwa die Hälfte dieser Gruppierungen waren von Schülern bzw. Jugendlichen initiiert und gebildet worden. In den anderen Gruppen dominierten junge Erwachsene.«

Wenige Tage nach dem 17. Juni 1953 hatte die SED-Führung eine parteiamtliche Interpretation des Volksaufstandes vorgelegt: »faschistischer Putschversuch«. Geschichtspolitik und Geschichtswissenschaft erfüllten den Parteauftrag. »Die Historiker erwiesen sich aber nicht nur als willige Erfüllungshelfen der SED-Führung. Da sie in ihren Arbeiten die SED-Schriften nicht nur reproduzierten, sondern zuvor die geschichtspropagandistischen fast immer selbst verfasst hatten, waren sie nicht Gefangene eines unverschuldeten Käfigs, sondern die Wärter ihres eigenen Gefängnisses.« (S.367)

Während die meisten SED-Historiker seit dem Fall der Mauer 1989 und der Wiedervereinigung 1990 über die politische Funktion ihrer früheren Arbeit schweigen, gibt es nicht wenige, die neuerlich in »historischen Analysen« zeigen, dass sie »weitaus mehr waren als nur Diener ihrer Herren. Sie waren Erfinder und Verfechter der kommunistischen Geschichtsbilder und Geschichtsdeutung, nicht zuletzt über den 17. Juni 1953.« (S.373)

Ausführlich wird die bundesdeutsche Spiegelung des Aufstandes behandelt, so die Gründung des KUD und Installierung des »Tages der deutschen Einheit« 1954 als überparteiliche Initiativen, es wird über Gedenkreden zum »Tag der deutschen Einheit« nachgedacht, über viele Namen und Aktionen. Der 17. Juni wurde später zum Fremdkörper in der Entspannungspolitik und fand seine Renaissance in der Ära Kohl. Zur »Ironie der Geschichte« gehört, dass ausgerechnet Kohl, der erfolgreich mit dem »Tag der Deutschen Einheit« Politik gemacht hatte, ihn 1990 aufgab. Zum »Tag der deutschen Einheit« wurde der 3. Oktober, »ein Tag eines Verwaltungsaktes«.

Im Kapitel »Der 17. Juni in der bundesdeutschen Wissenschaft und Publizistik bis 1989« erfolgt eine scharfe Polemik gegen die Umdeutungen durch Arnulf Baring in seinem Buch *Der 17. Juni 1953* und die permanente Reproduktion seiner Thesen in der

bundesdeutschen Historiographie bis 1989 sowie eine kritische Einschätzung zahlreicher bekannter Autoren und Werke.

Sehr ausführlich und erstmalig werden anhand von MfS-Akten die Intentionen und Aktionen des von geflüchteten Aufstandsteilnehmern in West-Berlin gegründeten »Komitee 17. Juni« und seiner Nachfolgeorganisation »Vereinigung 17. Juni« dargestellt, insbesondere die Unterwanderung und Einflussnahme durch das MfS – eine teilweise absurde, unbeschreibliche und abenteuerverliche Geschichte.

Sehr ausführlich und bemerkenswert ist die Analyse über die Bewertung nach der Herbstrevolution von 1989, die wissenschaftliche Neuentdeckung des 17. Juni als »Arbeiteraufstand« – »Volksaufstand« – »Revolution«. Aufschlussreich sind die Anmerkungen zu Autobiographien ostdeutscher Spitzenfunktionäre und ähnlicher Memoiren. Abschließend werden die mitunter peinlichen Auseinandersetzungen über Denkmäler und Orte der Erinnerung für »Opfer« und »Kämpfer« gewürdigt.

Dem Band sind zahlreiche bemerkenswerte, interessante Fotos beigefügt, darunter auch 1953 heimlich aufgenommene Privataufnahmen. Der Anhang enthält ein Auflistung der Filme über den 17. Juni, ein ausführliches Personenregister.

Aus der Fülle der um das Jahr 2003 erschienenen neuen Abhandlungen über die Ereignisse im Juni 1953 ist (unter dem Aspekt der Eignung für politische Bildungsarbeit) besonders hervorzuheben: Kowalczyk, Ilko Sascha: 17. Juni – Volksaufstand in der DDR. Ursachen – Abläufe – Folgen; Mit einem Vorwort von Marianne Birthler und 130 Duo Ton Abbildungen sowie einer Audio CD; Bremen 2003, Edition Temmen, Hardcover, 312 S., 19,90 EUR

Achim Beyer

Jürgen P. LANG: Ist die PDS eine demokratische Partei? Eine extremismustheoretische Untersuchung. Baden-Baden 2003. Nomos Verlagsgesellschaft, 196 S., brosch, 29,- EUR.

Sowohl bei der jüngsten Bundestagswahl als auch der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt

am 26. März 2006 gehörte die Linkspartei/PDS zwar nicht zu den Siegern, aber erneut zu den Gewinnern. Erstmals mit zwei wahlkampfproben Spitzenkandidaten aus West- und Ostdeutschland angetreten, konnte die PDS am 18. September 2005 mit ihrem WASG-Appendix ihren gesamtdeutschen Zweitstimmen-Anteil mehr als verdoppeln (statt 4,0 % nun 8,7 %) – gerade auch durch ein kampagnenfähiges Thema. Seither sitzen Linkspartei/PDS und WASG im Bundestag im selben Boot, rudern aber auf Landesebene in verschiedene Richtungen; zunehmend scheint die Verbindung beider Formationen rechtlich problematisch.

Viele Veröffentlichungen, die sich mit der PDS befassen, offenbaren mehr über politische Gesinnungen ihrer Autoren als ihren Gegenstand. Inhaltlich widmen sich politische, publizistische und (politik-) wissenschaftliche Debatten gerade auch der Frage, ob die PDS (eher) als extremistische oder demokratische Partei anzusehen ist. In seiner Dissertation untersucht Jürgen Lang die Demokratietauglichkeit der PDS – ein auch deshalb bedeutsames Thema, weil sogar PDS-»Chefideologe« André Brie fordert, seine Partei müsse »ein positives Verhältnis zur parlamentarischen Demokratie und zum Grundgesetz finden«, was auch immer er mit »positives Verhältnis« genau meint.

Gerade weil die PDS auf Landesebene als Koalitionspartner agiert, bleibt es bedeutsam, die Demokratietauglichkeit der PDS zu prüfen, zumal die Ämter für Verfassungsschutz die PDS ebenfalls unterschiedlich bewerten – auch unter Regierungen mit SPD-Beteiligung beobachten einige Landesämter für Verfassungsschutz die PDS oder Teile der Partei. Dort allerdings, wo SPD und PDS gemeinsam regieren, erodiert – fast selbstverständlich – die Bereitschaft, die Neo-SED mit dem Verfassungsschutz zu erforschen. Doch bedeutet die Mitwirkung in den (exekutiven) Verfassungsorganen der rechtsstaatlichen Demokratie, deren zentrale Werte und Verfahren wirklich zu akzeptieren?

Lang erhebt den Anspruch, unvoreingenommener, umfassender und präziser als andere zu untersuchen, inwieweit die PDS extremistisch beziehungsweise demokratisch

ist. Zu diesem Zweck definiert er zunächst die Begriffe »demokratisch« und »extremistisch«. Hier stützt er sich vor allem auf die Pionierarbeiten von Eckhard Jesse und Uwe Backes. Auf diesem festen Fundament differenziert er – sine ira et studio – zwischen demokratischem Schein und Sein: Tatsächlich muss eine Partei, die (wie die PDS) etwa mehr plebiszitäre Elemente fordert, keine demokratische Kraft sein. Im Hauptteil seiner Arbeit analysiert er erstens die Grundwerte sowie das Demokratie- und Staatsverständnis der PDS, zweitens die (außer-)parlamentarische und gouvernementale Strategie der PDS und drittens grundlegende Organisationsprinzipien der PDS, Grundformen der innerparteilichen Demokratie in der PDS sowie zentrale Merkmale des PDS-internen Umgangs mit innerparteilichen Strömungen. In jedem Kapitel kommentiert Lang Handeln beziehungsweise Äußerungen vor allem der »Reformer« und »Orthodoxen«. Schließlich bewertet er die PDS-interne Relevanz der PDS-Verhaltensweisen beziehungsweise -Stellungnahmen und prüft ihre Demokratietauglichkeit.

Im Unterschied zu vielen anderen Autoren durchforstet Lang in seiner Arbeit eine Fülle an Material, das von der PDS selbst stammt. Sein Fazit: Trotz »Ansatzpunkten einer demokratischen Entwicklung« qualifiziert er die PDS im Kern als extremistisch. Stärker als andere Autoren betont er die (extremistischen) Gemeinsamkeiten von »Orthodoxen« und »Reformern«. So weigern sich beide, die SED-Diktatur wirklich zu kritisieren. Beide befinden, nur der Sozialismus ermögliche echte Freiheit und Demokratie. Die gesamte PDS-Strategie zielt darauf, (gewaltbereite) Linksextremisten zu sammeln, statt abzuschrecken oder auszuschließen. Allerdings: Deutlicher als die »Orthodoxen« bemühen sich die »Reformer«, einen demokratischen Schein zu wahren. So distanzieren sich die »Reformer« kurz nach dem 11. September 2001 gerade auch deshalb von antiamerikanischen Äußerungen »orthodoxer« Parteifreunde (»So was kommt von so was«), weil es damals opportun war beziehungsweise schien – zuvor hatten die »Reformer« viele Gelegenheiten verstreichen lassen, die »Orthodoxen« öffentlich zu kritisieren. Inzwischen unterstellt

die PDS (in ihrem neuen Parteiprogramm) den USA, »Angriffskriege« zu führen.

Sowohl die »Orthodoxen« als auch die »Reformer« wollen die Neo-SED zur stärksten Regierungspartei im Osten formen. Doch auf dem Weg zu diesem gemeinsamen Ziel agieren die »Reformer« pragmatischer und ideologisch flexibler. Bei allen Unterschieden: Mehr oder minder dulden sowohl die »Reformer« als auch die »Orthodoxen« die rechtsstaatliche Demokratie, ohne sie wirklich zu akzeptieren – viele vehemente Versuche, die Bundesrepublik zu diskreditieren und die SED-Diktatur zu beschönigen, stammen ohnehin von Bisky und Gysi persönlich. Gern nutzen die »Reformer« die »Orthodoxen« allerdings als Kontrastmittel; gerade auch mit Verweisen auf ihre orthodoxen Parteifreunde versuchen die »Reformer«, sich selbst als demokratisch zu stilisieren und die PDS insgesamt als pluralistisch. Während andere lediglich behaupten, der PDS mangele es an Demokratietauglichkeit, liefert Lang dafür auch diverse Belege. Mit seiner Arbeit widerlegt er Aussagen, bei der PDS handle es sich um eine normale demokratische Partei.

Harald Bergsdorf

Lothar MERTENS: Rote Denkfabrik? Die Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED. Studien zur DDR-Gesellschaft Bd. 10, Münster 2004. LIT Verlag, 496 S., brosch., 43,90 EUR.

Ein interessanter Titel! Besonders für den Rezensenten, viele Jahre in jenem Erlanger DDR-Forschungsinstitut (IGW) tätig, dessen wissenschaftliche Arbeiten im Institut (IfG) bzw. der Akademie für Gesellschaftswissenschaften (AfG) sehr genau zur Kenntnis genommen wurden, weshalb dessen Direktor/Rektor Otto Reinhold in einem Diskussionsbeitrag auf dem VII. Parteitag der SED dazu Stellung nahm und 1978 eine Dissertation an der AfG darüber angefertigt wurde. Ein Dossier über das IGW an das Politbüro (1988) trägt sogar die Unterschrift von Stasi-Chef Erich Mielke.

Mertens versucht eine Forschungslücke zu schließen, denn es gibt noch immer keine

größeren analytischen Arbeiten über die SED-Partei-Institute, die drei zentralen Ausbildungseinrichtungen der SED. Er legt eine »Untersuchung für die Jahre der Honecker-Ära nach 1971« der AfG vor, trotz einer »schlechten Quellenlage«. Ausgeklammert bleibt – ohne Erklärung – die Ulbricht-Ära.

Einleitend gibt der Autor einen Einblick in die Wissenschaftspolitik der SED mit Auswirkung auf die AfG: Bedeutung des Marxismus-Leninismus; »Sozialistisches Geheimhaltungssyndrom« (zahlreiche Analysen der AfG wurden – so Reinhold 1989 – »fast wie ein Staatsgeheimnis in die Panzerschranke gesperrt und nicht berücksichtigt«). Wissenschaftsfeindlichkeit habe es vor allem in der Ära Honecker gegeben: »Zwar blieb die Bedeutung der AfG als akademische Funktionsausbildungsstätte bestehen, jedoch fand die ursprünglich gleichfalls intendierte Politikberatung praktisch nicht mehr statt. Hier erfolgte eine deutliche Abkehr von den Aufgaben und Zielen in der Ulbricht-Zeit. Unter dem beratungsresistenten Erich Honecker kam es zu einem drastischen Bedeutungsverlust.« (S.35) Bemerkenswert ist die auf S.40 wiedergegebene Selbstkritik von Otto Reinhold (37 Jahre lang Direktor bzw. Rektor) aus dem Jahr 1991.

Das Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED (IfG) wurde auf Beschluss des SED-Politbüros vom 7. August 1951 gegründet und am 21. Dezember 1951 (Stalins Geburtstag) eingeweiht. Aus Anlass des 25-jährigen Bestehens wurde das IfG zu einer »Akademie« erhoben. Die neun Institute der AfG mit ihren Strukturen, Arbeitsschwerpunkten und wichtigsten Mitarbeitern werden vorgestellt (zusätzlich im Anhang, der zudem auf 10 Seiten die Kurzbiographien leitender AfG-Kader enthält). In den zahlreichen Fußnoten werden alle wissenschaftlichen Arbeiten der Führungskader (zumeist Leiter der Forschungsbereiche) mit sämtlichen bibliographischen Angaben, jedoch ohne Kommentar, aufgelistet. Überhaupt ist die Studie angereichert mit einer Überfülle bibliographischer Angaben aus der reichen Publikationstätigkeit der AfG – einschließlich solcher aus verschiedenen populärwissenschaftlich gehaltenen Schriftenreihen und Schulungsmaterial.

Bedeutungslos war die AfG mithin keineswegs. Sie war zudem Leiteinrichtung für die gesellschaftswissenschaftliche Forschung: immerhin waren sechs von 21 wissenschaftlichen Räten bei der AfG angesiedelt. »Die AfG war eine der wichtigsten Schulungseinrichtungen der SED.« Mehrere tausend SED-Kader verließen die AfG als »Diplom-Gesellschaftswissenschaftler«. Nach Mertens (S.127) wurden seit 1955 1.700 Dissertationen, darunter 673 geheim gehaltene angefertigt. In einem umfangreichen Anhang sind rd. 1.600 Dissertationen unkommentiert aufgelistet, darunter lediglich 339 mit Geheimhaltungs-Vermerk, die Differenz zu den 673 bleibt unklar. Bedauerlicherweise werden die Hinweise in den Klammern nicht erläutert; mitunter gibt es keine, mitunter auch vier Ziffernfolgen, jeweils durch Komma getrennt; es ist kein System erkennbar (so wird die Blattzahl meist mit arabischen, häufig auch mit römischen Ziffern angegeben; in anderen Fällen stehen die römischen Ziffern allein usw.). Das bedeutet: diese Hinweise sind dokumentarisch völlig wertlos! Unklar bleibt auch die Zählweise bei den Kollektiv-Dissertationen.

Ein besonderer Abschnitt ist den »Soziale[n] Belangen der AfG-Mitarbeiter« gewidmet. Kapitel 6 enthält interessante »Bemerkungen zum SED-SPD-Papier« von 1987. Der »Exkurs: Empirische Befunde sozialer Ungleichheit« mit wenig Bezug zum Buch-Titel bringt auf 55 Seiten die »überarbeitete und erweiterte Fassung« eines Aufsatzes von L.Mertens aus dem Jahre 2002. Der »Exkurs: Protokollauszug der Kontroverse Hager-Lötsch« betrifft eine »Beratung« am 6.11.1980 in Vorbereitung des X. SED-Parteitag. Kapitel 9: »Der Naumann-Zwischenfall« dokumentiert Kurt Hagers nachlesenswerte Geheimrede an der AfG (S.289 ff.). Bemerkenswert ist, dass der Autor an seine Ausführungen »Statt eines langen Schlusswortes eine kurze Parabel« anhängt, mithin keine analytische Bewertung in üblicher Manier.

Eine formale Kritik betrifft die im Text ausgesprochen mageren Quellenangaben bei den Monographien: meist wird nur der Name, nur bei mehreren Werken eines Autors dazu ein Stichwort angegeben. Leider wird mitunter auch dann nur der Autorename

angegeben, wenn das Literaturverzeichnis mehrere Werke ausweist; eine solche Fußnote ist wertlos. Das alles ist lästig, ärgerlich, leserunfreundlich; es ist eine Zumutung, jedes Mal im Literaturverzeichnis (es befindet sich irgendwo im zweiten Drittel des Buches, nicht durch eine Kopfzeile schnell ermittelbar) nachforschen zu müssen. Hinzu kommt, dass dieses Verfahren insbesondere bei MfS-Dokumenten und AfG-Publikationen leserfreundlich durchbrochen wird.

Privatdozent Lothar Mertens, der u.a. gegen zwei renommierte DDR-Forschungsinstitute wegen angeblich zu großer DDR-Freundlichkeit und Unwissenschaftlichkeit polemisiert (Fußnoten auf S.35 und 123), verwendet durchgängig völlig unkritisch (auch ohne Anführungszeichen) den von Egon Krenz geprägten Begriff Wende für die friedliche Revolution 1989 und macht die Volksbildungsministerin Margot Honecker zur Ministerin für das Hoch- und Fachschulwesen (S.267) mit eigenen Schlussfolgerungen.

Mertens erläutert, dass in der AfG das »organisationssoziologische Petermann[sic!]-Prinzip« geherrscht habe (S.32), welches korrekt »Peter-Prinzip« heißt, entwickelt von Laurence J. Peter mit dem Kernsatz: »Unfähigkeit kennt keine Grenzen – weder im Raum noch in der Zeit.«

Achim Beyer

Hans-Christof KRAUS (Hg.): Konservative Zeitschriften zwischen Kaiserreich und Diktatur. Fünf Fallstudien. Studien und Texte zur Erforschung des Konservatismus, hg. im Auftrag der Förderstiftung Konservative Bildung und Forschung von Caspar von Schrenck-Notzing, Band 4, Berlin 2003. Duncker & Humblot, 186 S., kartoniert, 58,- EUR.

Der Konservatismus ist von der deutschen Forschung lange Zeit etwas stiefmütterlich behandelt worden. Seit einigen Jahren leitet der Privatgelehrte, Autor (u. a. »Charakterwäsche«) und ehemalige Herausgeber des rechtsintellektuellen Periodikums »Críticón«, Caspar von Schrenck-Notzing, in München ein kleines Institut, welches diese

Lücke schließen möchte. Im Auftrag dieser »Förderstiftung Konservative Bildung und Forschung« ist im Jahr 1996 z. B. das »Lexikon des Konservatismus« herausgebracht worden. Es ist das einzige seiner Art in Deutschland.

Mit der Studie »Konservative Zeitschriften zwischen Kaiserreich und Diktatur« liegt ein weiterer Band vor, der im Auftrag von Schrenck-Notzings Förderstiftung erarbeitet worden ist. Als Herausgeber zeichnet Hans-Christof Kraus verantwortlich, der als ausgewiesener Kenner der deutschen und englischen Geschichte des 18., 19. und 20. Jahrhunderts und insbesondere des (preußischen) Konservatismus gilt. Neben einer knappen und informativen Einleitung hat Kraus ein Porträt der »Süddeutschen Monatshefte« verfasst. Des weiteren finden sich Fallstudien über das katholische »Hochland« (Felix Dirsch), die »Historisch-politischen Blätter« und die »Gelben Hefte« (Dieter J. Weiß), das »Gewissen« und den »Ring« (Karlheinz Weißmann) sowie die »Europäische Revue« (Guido Müller).

Alle Beiträge sind insofern »tendenziös«, als sämtliche Autoren dem konservativen bzw. rechtskonservativen Spektrum zuzurechnen sind. Dies erweist sich aber als großer Vorteil des Unternehmens, da alle Autoren Emphase für ihren Untersuchungsgegenstand mit großer Sachkenntnis und der nötigen wissenschaftlichen Nüchternheit verbinden.

Die heute vielen nicht mehr geläufigen Zeitschriften waren keine Quantité négligeable, sondern prägten das Bewusstsein der konservativen Öffentlichkeit »zwischen dem spät-wilhelminischen Kaiserreich einerseits und der Ära des Nationalsozialismus andererseits« (S. 8). Oftmals waren die unterschiedlichen Zeitschriften großen Wandlungen unterworfen. So entwickelten sich die »Süddeutschen Monatshefte« von einem liberal bis liberal-konservativen Blatt zu einem Organ, welches sich während des »Ersten Weltkrieges« immer mehr radikalisierte. Kraus erspart den »Monatsheften« nicht den Vorwurf, dass sie mit der von ihnen vertretenen »Dolchstoß«-These »eine tiefe Vergiftung des innenpolitischen Klimas im Deutschland der zwanziger Jahre« (S. 40) herbeigeführt hätten.

Im 19. Jahrhundert befand sich der deutsche Katholizismus – zumindest in Bezug

auf Kultur und Politik – in einem Ghetto. Das zwischen 1903 und 1941 erschienene »Hochland« – 1946 sollte Franz-J. Schöningh die Zeitschrift wieder ins Leben rufen – wollte den deutschen Katholizismus aus diesem »Turm« oder »Ghetto« herausführen. In den Anfangsjahren noch stark in innerkirchliche Auseinandersetzungen verstrickt, verschrieb sich diese Zeitschrift in der »Weimarer Republik« einem »kulturintegrativ-konservativen Denken« (S. 96). Man fühlte sich dem »organischen Denken« verpflichtet und ging zur Republik auf Distanz. Laut Dirsch stellte sich »Hochland« »auf den Boden der Republik, ohne sie allerdings zu verteidigen« (S. 69). Gewisse Sympathien galten dem italienischen Faschismus, aber nicht dem Nationalsozialismus.

Moralischer Hochmut der Nachgeborenen verstellt oft den Blick auf die damalige Wirklichkeit. Und so passt es vielleicht nicht in das Weltbild, dass beispielsweise der spätere Herausgeber der linkskatholischen »Frankfurter Hefte«, Eugen Kogon, in den 20er Jahren in »Hochland« vom »Ständestaat des Solidarismus« schwärmte und damit Ideen vertrat, die keineswegs »rechtskatholisch« waren, sondern eher dem katholischen »Mainstream« entsprachen.

Auch die anderen in diesem Band skizzierten Zeitschriften versuchten, eine Antwort zu finden »auf jene säkulare Krise, die durch den Ersten Weltkrieg in Europa und besonders im durch den Versailler Vertrag schwer gedemütigten Deutschland« (S. 11) eingetreten war. Der vorliegende Band bietet den Vorzug, dass der Leser vor dem Hintergrund der damaligen Zeit und der Erfahrungen nach 1945 – also gleichsam in doppelter Perspektive – die Gültigkeit der Antworten überprüfen kann. Beim Aufkommen des Nationalsozialismus – so das bedrückende Resümee – hat sich auch der sich in Zeitschriften artikulierende Konservatismus »ins Lager seiner Gegner begeben« (A. Gauland).

Ansgar Lange

P.W. SINGER: *Corporate Warriors. The rise of the privatized military industry.* Ithaca/London 2003. Cornell University Press, 330 S., gebunden, 39, 95 US-Dollar.

Von »neuen Kriegen« ist in der Publizistik viel die Rede. Und so zweifelhaft, wie diese oft ohne hinreichende empirische Evidenz behauptete These ist, so unbeachtet vollziehen sich in den Kriegen der Gegenwart Prozesse, die nicht »Warlords« und »Milizen« betreffen, sondern die Methoden und die Organisation der Kriegsführung der westlichen Staaten. P.W. Singer, Fellow an der Brookings Institution in Washington D.C., lenkt den Blick auf solch eine fundamentale Veränderung: die zunehmende Rolle von militärischen Unternehmen in den Kriegen der Gegenwart.

Im Unterschied zu den Söldnern der europäischen Geschichte und denen der Dekolonisationszeit hat sich die private militärische Expertise nunmehr unternehmerisch organisiert. Die Ursachen für diese Entwicklung ist nach Singers Ansicht weniger in den Umbrüchen der Weltpolitik nach dem Ende des Ost-West-Konflikts zu suchen. Allenfalls in dem aus dem Kalten Krieg resultierenden Überangebot an militärischer Expertise sieht er eine begünstigende Bedingung für das beeindruckende Wachstum der privaten militärischen Branche. Wichtiger jedoch waren in seinen Augen die Privatisierungseuphorie, die die meisten westlichen Regierungen, allen voran die USA und Großbritannien, seit den achtziger Jahren erfasste, und die nun auch Kernbereiche staatlicher Hoheit erreicht hat.

Drei Subbranchen dieses neuen Geschäftsbereichs unterscheidet Singer in seinem Werk. Da sind zunächst die tatsächlich kriegerisch aktiven Unternehmen, wie die mittlerweile in Subunternehmen zerfallene Firma »Executive Outcomes«, die ihren Ursprung in Südafrika hatte. Neben diesen direkt gewaltsam agierenden Firmen schildert Singer am Beispiel der »Military Professional Resources Incorporated« (MPRI) dann die zweite Subbranche, die auf dem globalen Gewaltmarkt militärische Ausbildung und Expertise anbietet. Das vorwiegend aus ehemaligen US-Soldaten bestehende Unternehmen MPRI engagierte sich im Auftrag der amerikanischen Regierung unter anderem in Kroatien, Bosnien, Angola und Kolumbien. Die dritte Subbranche ist die mit den größten Umsätzen: die privatisierte Logistik für westliche Armeen, die auf Umsätze im Be-

reich von Milliarden Dollar verweisen kann. Unter diesen Unternehmen ist die Firma Halliburton durch die Berichterstattung über den Irak-Krieg sicher schon einem breiteren Publikum bekannt.

Kunden dieser Unternehmen sind indes nicht nur westliche Regierungen, sondern auch internationale Organisationen, die ihre Mitarbeiter in Konfliktgebieten schützen wollen, und auch Regierungen in Afrika und Asien, die sich auf ihre eigenen Sicherheitsapparate nicht verlassen wollen. So wurden etwa im Grenzkrieg zwischen Eritrea und Äthiopien private Luftwaffen-Unternehmer engagiert, und auch der Sezessionskonflikt um die Insel Bougainville hat die Regierung Papua-Neuguineas veranlasst, private militärische Dienste in Anspruch zu nehmen.

Für das Völkerrecht stellen diese Unternehmen eine ungeahnte Herausforderung dar, wie es etwa im Falle der Aufrüstung des kroatischen Militärs durch die Firma MPRI zu Zeiten des Bosnien-Krieges der Fall war. Zudem ist vollkommen offen, welchen juristischen Regeln Menschenrechtsverletzungen durch diese Unternehmen unterliegen.

Für Singer liegen in dieser Entwicklung allerdings nicht nur völkerrechtliche Probleme verborgen. Vorsichtig, aber nachdrücklich weist Singer auf den Effekt der Ent-Demokratisierung der Außenpolitik hin, der

durch die Nutzung dieser Unternehmen für die US-amerikanische Militärstrategie entstehe. Denn die Delegation von militärischen Aufgaben an private Unternehmen ermöglicht es Regierungsagenturen, ohne parlamentarische Kontrolle in Konflikten aktiv zu werden. Singer sieht zugleich wachsende Schwierigkeiten im Verhältnis der neuen privaten militärischen Unternehmen zu staatlichen Armeen. Für diese entstehen durch die gleichzeitige Existenz besser bezahlter und weniger reglementierter Gewaltakteure große Loyalitäts- und Abgrenzungsprobleme.

Der Band enthält zudem eine Liste der Websites von Unternehmen der »Private Military Industry« und, zur detaillierten Veranschaulichung, den Text eines Vertrages zwischen der Regierung Papua-Neuguineas und dem in Großbritannien ansässigen Militärunternehmen Sandline. Wegen seiner dichten Belege und seiner ausgesprochen leserfreundlichen Klarheit stellt Singers Buch einen sehr wichtigen und längst überfälligen Beitrag zur Debatte über die »neuen« Kriege dar. Für die national wie international zu führende Debatte über die Legitimität und die Konsequenzen der Privatisierung des Krieges wird dieses Buch unverzichtbar sein.

Klaus Schlichte